

Feindbild Heimatdienst:
Gstettner gegen Mölzer und
die Kärntner Konsengruppe

Wirtschaftsstandort:
Die Koralmbahn als
Chance für Kärnten

KHD

Der Kärntner
– das patriotische
Signal aus Kärnten

zubetoniert & zersiedelt:
Heimat im Ausverkauf

- Baukultur auf Abwegen
- Chalet-Dörfer auf den Almen
- Zweitwohnsitze an den Seen

**KHD-Spendenaktion: Heimathilfe
für Kärntner Katastrophen-Opfer**

Transgender-Wahnsinn:
Geschlecht beliebig wechseln

„Cancel Culture“:
Turnersee im Visier

KHD-BUCHLADEN

Suchen Sie sich einfach eines der genannten Bücher aus, senden uns die Kennzahl und Lieferadresse per E-Mail bzw. rufen uns an und überweisen den Betrag, den Sie für angemessen halten. Ihre Spenden kommen unseren vielen gemeinnützigen Projekten zugute!



**Hans Steinacher
– in Licht und Schatten**
Kennzahl
B0422_01



Der Ortstafelstreit
Kennzahl
B0422_04



Die Kärntner Konsensgruppe – Eine Erfolgsgeschichte
Kennzahl
B0422_02



**Der Heimat im Wort
DVD – Teil I und II**
Kennzahl
B0422_05



Die Post während der Kämpfe und der Volksabstimmung in Kärnten
Kennzahl
B0422_03

Wenn Sie wollen, können Sie die Bücher direkt bei uns im KHD-Büro in der Prinzhoferstraße 8 in Klagenfurt abholen.

Bitte um Voranmeldung!
E-Mail: office@khd.at
Tel.: 0463-54002

Liebe Freunde und Förderer des Kärntner Heimatdienstes!

Im Innenteil dieser Ausgabe (Seite 5) finden Sie den großen Spendenaufruf für die KHD-Aktion zum Wohle deutschstämmiger Kinder aus der Ukraine. Dies ist erst der Beginn einer auf längere Zeit angelegten KHD-Aktion zugunsten der altösterreichischen Volksgruppe deutscher Muttersprache in der Karpato-Ukraine, die bekanntlich einmal Teil der Habsburger Monarchie war.

Jeder Spender kann sich aus den auf dieser Seite angeführten Publikationen, Büchern und Film-DVDs des Kärntner Heimatdienstes ein Exemplar seiner Wahl sichern. Für Spender aus Klagenfurt oder aus dem Umfeld der Landeshauptstadt wäre diese Spenden-Prämie im Büro des Kärntner Heimatdienstes in Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8, abzuholen. Für weiter entfernt lebende Spender senden wir dies gerne zu. ◆

KHD-Obmann **Andreas Mölzer**: Zum Geleit 4–5

KHD-Aktiv

Bernhard Gassler im Gespräch über die Unwetter-Katastrophe im Gegendtal 6

Vom Schlachtfeld zur Friedensregion:
Großes KHD-Projekt 2022 7

Franz Jordan:
Aus dem leidgeprüften Unterkärnten 8–9

Aus den Verbänden

Haus der Heimat: Fit für die Zukunft 10

80 Jahre Umsiedlung der Gottscheer 11–12

Bruno Burchhart: Turnensee-Wirbel? 13–16

Josip Stjepandic: Die vielen Gesichter der Erinnerungskultur 14–15

Sudetendeutsche Vision 16

Reinhold Gasper:
Erinnerung – Kultur 1918–1920 17

Volksgruppen & Minderheiten

Bernhard Tomaschitz:
Der Ukraine treue Moslems 18–19

Unser Kärnten

Andreas Mölzer:
Vom Antlitz unseres Landes 20–21

Erwin Angerer im Gespräch über den Schutz der Natur und die Raumordnung in Kärnten 22–23

Wendelin Mölzer:
Chalet-Dörfer und Bettenburgen 22–23

Robert Klimbacher im Gespräch über „tote“ Innenstädte die Macht der Bürgermeister 24–25

Andreas Skoranz:
Koralmbahn – Chance oder Gefahr? 26–27

Identität & Kulturkampf

Josef Feldner: Das Geschlecht frei wie ein Hemd wechseln ... 28–31

Presseschau 32–33

Leserbriefe 34

In eigener Sache

„Der Kärntner“ in seiner neuen Aufmachung ergeht als Gratiszeitung persönlich adressiert an mehr als 10.000 Kärntner Haushalte.

Einerseits ist er ein Informationsblatt über die Arbeit des Kärntner Heimatdienstes, andererseits thematisiert er aktuelle Entwicklungen in Kärnten und darüber hinaus im Alpen-Adria-Raum. Er wird sich weiterhin der Friedenspolitik in diesem Bereich, sowie der Frage des Zusammenlebens der Deutschkärntner Mehrheit und der slowenischen Minderheit im Lande, aber auch Volksgruppenfragen aus anderen Bereichen Europas widmen.

„Der Kärntner“ versteht sich als patriotische Plattform, verpflichtet der Demokratie und den Menschenrechten, tritt ein für Kärntner Heimatliebe, für österreichischen Patriotismus und europäische Gesinnung. ♦

DIE AKTUELLE AUSGABE
DES „KÄRNTNER“ FINDEN
SIE AUCH UNTER
WWW.KHD.AT

IMPRESSUM

Kärntner Heimatdienst | Medieninhaber und Herausgeber: Kärntner Heimatdienst

Verlags- und Herstellungsort: Klagenfurt

Anschrift des Medieninhaber und der Redaktion: 9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8

Obmann: MEP a. D. Andreas Mölzer

Schriftleitung: NAbg. a. D. Wendelin Mölzer und Dr. Bernhard Tomaschitz

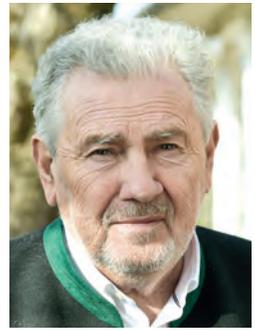
Bankverbindung: Raiffeisen-Landesbank Kärnten, IBAN: AT66 3900 0000 0100 3250, BIC: RZKTAT2K

E-Mail: office@khd.at **Internet:** www.khd.at

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 10. Juni 2022

Bildnachweis: Die verwendeten Bilder sind von Fritzpress (St.-Peter-Straße 44, 9020 Klagenfurt).

Bei abweichender Bildquelle wird dies direkt am Bild kenntlich gemacht



Spenden, Spenden, Spenden! Aber für wen?

VON ANDREAS MÖLZER

Die Freunde und Unterstützer des Kärntner Heimatdienstes, zumeist ja als geneigte Leser des „Kärntners“, sind immer wieder, auch in dieser Ausgabe, mit Spendenaufrufen konfrontiert. In unserem Falle heißt es spenden ganz allgemein für die Arbeit des Heimatdienstes. Oder spenden für die Karpatendeutschen, deren Kinder wir nach dem Ukraine-Krieg nach Kärnten einladen wollen. Oder eben auch Spenden für die Katastrophenopfer im Kärntner Gegendal.

Da wird möglicherweise auch dem überaus idealistischen und hilfsbereiten Unterstützer des Heimatdienstes irgendwann einmal unbehaglich zumute. Zumal dann, wenn er auch mit zahlrei-

chen anderen Spendenaufrufen konfrontiert ist.

Da gibt es das überaus wichtige und (vielleicht im Falle von Corona nicht so sehr) verdienstvolle Rote Kreuz, das zu Spenden aufruft. Dann gibt es Organisationen wie „Nachbar in Not“, „Amnesty International“ und natürlich auch die zahllosen politisch korrekten NGOs wie „Ärzte ohne Grenzen“ und dergleichen mehr,

Beim KHD sind Kärntner Patrioten aus allen Lagern willkommen.

die sich der Willkommenskultur und der Aufnahme von möglichst vielen Asylsuchenden und ähnlichen zeitgeistigen Anliegen verschrieben haben.

Alle wollen sie Spenden und noch einmal Spenden. Viele von ihnen haben ziemlich klar erkennbare politische Ziele und sind auch mehr oder weniger deutlich politischen Gruppierungen oder Parteien zuzuordnen. Die politisch korrekten, dem linken Zeitgeist verpflichteten NGOs der vermeintlich progressiven Zivilgesellschaft haben zumeist die Grünen oder eine andere Linksgruppierungen im Hintergrund. Spendenaufrufe für Wahlkämpfe – wie etwa jetzt vor der Bundespräsidentenwahl – sind natürlich klar politisch, beziehungsweise persönlich zuzuordnen.

Wir, als die Vertreter des Kärntner Heimatdienstes, bemühen uns, bei unserer Arbeit absolut überparteilich zu agieren. Bei uns sind Kärntner Patrioten aus allen politischen Lagern, aus al-

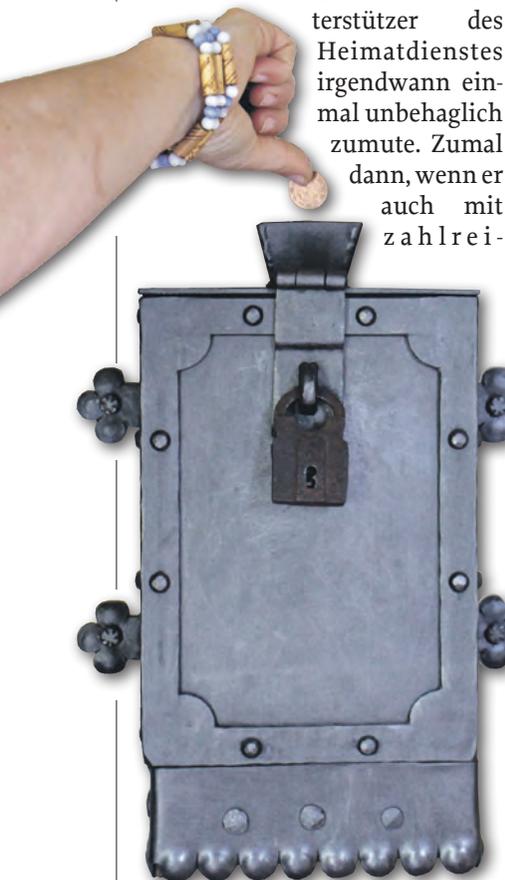
len Generationen und natürlich auch aus beiden Volksgruppen des Landes willkommen. Das Ziel unserer Arbeit und auch jenes unserer Spendenaktionen ist es, im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten den Anliegen Kärntens und der Kärntner zu dienen. Darüber hinaus sind wir der Unterstützung altösterreichischer, deutschsprachiger Minderheiten auf dem Territorium der ehemaligen Habsburger-Monarchie verpflichtet.

Von manchen Organisationen, die zu Spenden aufrufen, hört man, dass

der Verwaltungsapparat und die Funktionäre mit ihren Spesen den Löwenanteil des Spendenaufkommens verschlingen. Beim Kärntner Heimatdienst arbeiten die Funktionäre absolut ehrenamtlich und der Verwaltungsapparat ist so schlank wie er nicht schlanker sein könnte. Und überdies bemühen wir uns, Spendenaktionen mit konkreten überschaubaren und realisierbaren Zielen durchzuführen, so wie diesmal im Falle des Kärntner Gegendals, wo wir mit Ihrer Unterstützung die Sanierung des durch Vermurung zerstörten Sportplatzes für die Gegendaler Kinder unterstützen wollen.

Prinzipiell aber ist für den Spender jede von ihm getätigte Spende auch so etwas wie eine Unterstützungserklärung für die Arbeit und die Ziele der Spendenwerbenden Vereinigung.

In unserem Falle ist das eben patriotische Arbeit und sind das patriotische Ziele, die mir die wir mit Hilfe ihrer Spenden verwirklichen wollen.



In dieser Ausgabe des „Kärntners“, immerhin die vierte seit März des Jahres, behandeln wir überdies eine Fülle von Themen, die einerseits die Aktivitäten des Heimatdienstes schildern und andererseits aus den verschiedenen befreundeten Verbänden berichten. So etwa über die vor 80 Jahren erfolgte Zwangsumsiedlung der Gottscheer, über die neuerliche Debatte rund um die Benennung des Kärntner Turnersees und über den vergangenen Sudentendeutschen Tag.

Aus Anlass des Ukrainekrieges lesen Sie über das Schicksal der Krimtataren und der Krimgoten. Der ehemalige grüne Klagenfurter Stadtrat Gasper beleuchtet die Erinnerungskultur rund um den Kärntner Abwehrkampf und ein kroatischer Gastkommentator befasst sich mit den Schwachstellen dieser unserer österreichischen Erinnerungskultur.

Die Titelgeschichte dieses „Kärntners“ aber befasst sich mit der heimischen Baukultur der Zersiedlung unseres Landes rund um die Seen und auf den Almen. Überdies werden die Chancen Kärntens im Zusammenhang mit der vor der Fertigstellung stehenden Koralmbahn geschildert und KHD-Ehrenobmann Josef Feldner geht einmal mehr auf den Transgender-Wahnsinn unserer Tage ein.

Insgesamt also wieder eine Ausgabe unserer Verbandszeitschrift, in der wir uns bemühen, Ihnen eine bunte Palette interessanter Themen zu bieten. ♦

Wir brauchen Ihre Spende

Jeder Euro stärkt unsere Kärntner Sache

Seit langen Jahren erhält der Kärntner Heimatdienst keine staatlichen Subventionen. Das ist auch bei weitgehend ehrenamtlicher Bewältigung seiner kostenaufwendigen Informationsarbeit ein großes Problem.

Die von zehntausenden Sympathisanten seit mehr als einem halben Jahrhundert geschätzte überparteiliche Informationsarbeit, insbesondere die zweifellos im Interesse des Landes Kärnten liegende und mit dem Kulturpreis der Stadt Villach auch in Kärnten und mit dem Europäischen Bürgerpreis international gewürdigte Friedens- und Verständigungsarbeit des KHD muss daher nahezu zur Gänze aus Spenden und sonstigen privaten Zuwendungen aus dem Kreis unserer Förderer gedeckt werden.

Zur Deckung ständig steigender Kosten müssen wir bereits auf Rücklagen zurückgreifen.

Obwohl wir keine Autorenhonorare zahlen, können wir seit dem Tod einiger großzügiger Spender die Finanzierung unserer Zeitung „Der Kärntner“ (trotz Reduzierung der adressierten Auflage auf rund 10.000) mit den laufenden Spenden nicht mehr decken.

Wir sind daher seit einigen Jahren gezwungen, auf Rücklagen aus einer uns vor Jahren zugeflossenen Erbschaft zurückzugreifen, was verständlicherweise jedoch auf Dauer nicht möglich sein kann.

Dennoch wollen wir die große Reichweite unserer Informationsarbeit möglichst nicht reduzieren. Wir wollen weiterhin Tausende Kärntnerinnen und Kärntner, sowie inzwischen etwa gleich viele Sympathisanten in ganz Österreich laufend informieren. Daher wollen wir auch in Hinkunft kein festes Zeitungsentgelt einheben und möchten am Prinzip der Freiwilligkeit hinsichtlich Spenden festhalten.

Schon mit einer einmaligen Spende sichern Sie sich den Weiterbezug unserer Zeitung.

Es liegt in Ihrem freien Ermessen, welchen Beitrag Sie uns spenden.

Jeder Euro zählt.

Und denken Sie bitte daran: Unser Ziel ist nicht nur unsere Arbeit für Kärnten und Österreich im bisherigen Umfang zu sichern, sondern mit Ihrer Hilfe weiter auszubauen.

Vielen Dank allen unseren Förderern,

die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung von auch höheren Beträgen unsere Arbeit ermöglicht haben. Diesen Dank verbinden wir mit der Bitte, uns auch weiterhin zu helfen.

Spendenkonto: Raiffeisen-Landesbank Kärnten
IBAN: AT66 3900 0000 0100 3250
BIC: RZKTAT2K



Treffen am Ossiacher See: Die Schäden im Ort sind gewaltig

„Restriktive Raumordnung notwendig“

Der Treffner Vizebürgermeister Bernhard Gassler über die Schäden des Unwetters im Gegendtal und die Lehren daraus



Bernhard Gassler

Bild: Gassler

Das Gegendtal ist ja vor rund einem Monat von sehr schweren Unwettern heimgesucht worden. Herr Vizebürgermeister, wie ist denn die Lage und wo liegen die größten Probleme?

Dipl.-Ing. Bernhard Gassler: Im Zuge des Unwetters ist es in vielen privaten Wohnliegenschaften zu großen Schäden gekommen, teilweise zu Totalschäden. Das größte Problem ist für die Menschen die Finanzierung der Wiederherstellung. Das Land Kärnten hat jedem 10.000 Euro zur Verfügung gestellt, wenn die Schadenssumme mehr als 50.000 Euro beträgt, dann gibt es die Versicherungen, die sich mit maximal 30.000 Euro pro Gebäude beteiligen – aber dann wird es schwierig. Die Schäden belaufen sich ja teilweise auf mehrere hunderttausend Euro, da bleiben die Eigentümer auf den Kosten sitzen. Das ist das eine.

Der zweite Bereich, der mir große Sorgen bereitet, ist die Landwirtschaft. Es

sind rund 180 Hektar landwirtschaftliche Nutzflächen von diesem Unwetter betroffen. Das bedeutet: Keine Futtermittel für die Tiere, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten Jahren – die Felder sind zum Teil mit meterhohem Schlamm, Geröll und Sperrmüll überschwemmt. Das ist nur durch schwere Maschinen zu sanieren, was zu einer weiteren Beschädigung des Bodens führen wird. Die Bauern werden also in den nächsten Jahren mit Ertragsverlusten zu kämpfen haben.

Was hat man schon konkret für die Landwirtschaft als Hilfestellung machen können?

Gassler: Von unserer Seite sind wir an Bauern in ganz Kärnten mit der Bitte herangetreten, Futtermittel zu spenden, da haben sich sehr viel Landwirte bereit erklärt, zu spenden, zu erwähnen sind auch Rotary und Lionsclub, die mit Spenden geholfen haben, Futtermittel anzukaufen.

Was ist denn für die Zukunft an Lehren aus diesem Unglück zu ziehen?

Gassler: Es dürfen sich die aus meiner Sicht schweren Fehler im Bereich der Raumordnung, die insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren passiert sind, keinesfalls wiederholen! Eine sehr restriktive Raumordnungspolitik muss stattfinden, und Baulandwidmungen dürfen nur in sicheren Lagen erfolgen – dies abgestützt durch entsprechende Gutachten. Und natürlich ein solider Wasserschutzbau – nicht nur in den jetzt betroffenen Gebieten. Nur so können wir künftig die Bevölkerung und ihre Liegenschaften einigermaßen vor weiterem Schaden schützen. ◆



Heimatdienst-Hilfe für Gegendtaler Katastrophen-Opfer

Vor wenigen Wochen wurde das Kärntner Gegendtal, die Gemeinden Arriach und Treffen, Opfer einer gewaltigen Naturkatastrophe. Stundenlange Wolkenbrüche sorgten für Vermurungen und Schlammlawinen, die bis hinaus auf das Treffner Feld beim Villacher Autobahnkreuz alles verwüsteten.

Zwar gibt es eine wirkliche Lawine an Hilfsbereitschaft und der Katastrophenfonds hilft bei den schwersten Schäden, die meisten Opfer der Vermurungen erhalten von der Versicherung aber nur einen Bruchteil der tatsächlich verursachten Kosten. Da sind Häuser unbewohnbar, Straßen wurden weggerissen und ganze Dörfer wurden zerstört. Unter anderem auch der Sportplatz der Marktgemeinde Treffen, auf dem vor allem die Kinder des Gegendtals Fußball spielten und regelmäßig im Rahmen des FC Treffen trainierten.

Nun können der Kärntner Heimatdienst und die ihn unterstützenden Spender zweifellos angesichts der gewaltigen Dimension der Katastrophe nur bescheidene Hilfe leisten. Wir sind aber in der Lage, bei der Wiederherstellung dieses katastrophal verschlammten und vermurten Sportplatzes für die Gegendtaler Kinder einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zu leisten. Und das wollen wir auch tun.

Wenn sie ihren Spenden-Zahlschein mit dem Vermerk „Kärntner Heimat-Hilfe“ versehen, werden wir diese Spenden aus Mitteln des Heimatdienstes verdoppeln. Bei Beginn des kommenden Schuljahres werden wir den Spendenbetrag dann dem Präsidenten des FC Treffen, Bauunternehmer Erwin Schönnett, ausfolgen und darüber im „Kärntner“ und auch in den anderen Kärntner Medien berichten.

Wir helfen bei der Wiederherstellung des Treffner Sportplatzes!

Spenden Sie für die Kinder des Gegendtales

Großes KHD-Projekt 2022

Vom Schlachtfeld zur Friedensregion Alpen Adria

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Nicht nur in der Ukraine, auch in unserem geopolitischen Umfeld, das noch vor einem Jahrhundert von mörderischen Auseinandersetzungen gepeinigt wurde, gibt es gewaltiges Krisenpotenzial, das nur verdrängt, aber längst nicht endgültig bewältigt ist.

Der Balkan ist nach wie vor ein Pulverfass, Bosnien und Kosovo sind nur wenige Autostunden entfernt. Und auch in unserer, so friedlichen und freundschaftlichen Alpen-Adria-Region gibt es alte Konflikte, die nur verdrängt sind und keineswegs endgültig gelöst. Friedensarbeit ist daher eine permanente Aufgabe, der sich auch der Kärntner Heimatdienst stellt.

Daher planen wir für diesen Herbst in Kooperation mit Vertretern befreundeter Organisationen wie des Kanaltaler Kulturvereins und der Österreichischen Landsmannschaft, aber auch gemeinsam mit Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kärntner Slowenen-Organisationen ein vierteiliges Projekt unter dem Motto „**Vom Schlachtfeld zur Friedensregion Alpen Adria**“.

I. Symposium

Am Freitag, 16. September, des Jahres findet von 9 Uhr bis 13 Uhr im Klagenfurter Europahaus ein Symposium statt, welches in drei Diskussionsrunden, einer politischen, einer historischen und zivilgesellschaftlichen, das Ziel hat,

- ▶ ethnische Konflikte zu enttabuisieren,
- ▶ kulturelle Verwerfungen zu thematisieren
- ▶ und ökonomische Synergie-Effekte zu definieren.

Dabei werden prominente Referenten und Diskutanten aus dem Bereich der Politik, der Zivilgesellschaft und der Geschichtswissenschaft aufeinander treffen.

II. Treffen der Kulturen

– das Senza Confini-Sommerfest

Am nächsten Tag, Samstag, 17. September, findet in Malborgeth von 10 bis 18 Uhr in Zusammenarbeit mit den Kanaltaler Kulturvereinen und anderen befreundeten Organisation im Palazzo Veneziano ein Treffen der Kulturen in Form eines Senza Confini-Sommerfests statt.

Dabei treten Kulturgruppen, insbesondere Chöre und Instrumentalgruppen aus Friaul, Slowenien und Kärnten auf und bieten ein buntes künstlerisches Programm, welches die Vielfalt der Alpen-Adria-Region beleuchtet. Ähnlich wie vor einigen Jahren in Arnoldstein wird dabei am Schnittpunkt der drei europäischen Kulturen, der slawischen, der romanischen und der deutsch-germanischen die bunte Palette der historisch gewachsenen Volkskultur präsentiert.

Und dabei ist für das leibliche Wohl durch Speis und Trank bestens gesorgt! Damit wollen wir neben dem wissenschaftlichen und politischen Diskurs über unsere Friedensregion auch die menschlichen Kontakte zwischen Friaul, Slowenien und Kärnten fördern und stärken.

III. Publikation

Die Referate und Diskussionsbeiträge des Symposiums vom 17. September werden, erweitert durch Interviews und andere Gastbeiträge, noch vor Jahresende in Form eines Diskussions-Sammelbandes über das Thema „Vom Schlachtfeld zur Friedensregion Alpen Adria“ in einer starken Auflage als Taschenbuch präsentiert werden.

Als Herausgeber werden dabei Marjan Sturm vom Zentralverband der Kärntner Slowenen und KHD-Obmann Andreas Mölzer fungieren.

IV. Filmdoku:

Über die Geschichte des Alpen Adria Raums in den letzten 110 Jahren

Überdies werden wir zum Thema eine Film-Dokumentation erstellen, die in 45 Minuten die Entwicklung vom Schlachtfeld des Ersten Weltkriegs bis hin zur heutigen Friedensregion darstellt. Dazu steht uns der bewährte ORF-Kameramann Robert Reinprecht, der auch Mitglied der KHD-Vereinsleitung ist, zur Verfügung. Diese Doku soll sendetauglich sein und könnte eventuell bei Projektpartnern oder zumindest auf YouTube gesendet werden.

Unterstützen Sie dieses Projekt des KHD und melden Sie sich bereits heute für das Treffen der Kulturen und das Symposium an!

ANMELDUNGEN
IM KHD-BÜRO
E-MAIL: OFFICE@KHD.AT
TEL.: 0463-54002

Aus dem leidgeprüften Unterkärnten

VON FRANZ JORDAN

Ein Konsens, ein aufeinander Zugehen der beiden Volksgruppen ist gut und wichtig, jedoch muss dieser wieder verstärkt auch mit den Heimatverbänden gepflegt werden. Der KHD mit Obmann Andreas Mölzer bemüht sich redlich darum. Gegenseitige Teilnahme bei Gedenken, wie am Domplatz, in Liescha oder wie zuletzt beim Sommerfest des KAB St. Michael ob Bleiburg mit Landesobmann Fritz Schretter und Ortsobmann Valentin Leitgeb sowie den Obmann der Jauntaler Trachtengruppe Willi Kleber zeigen, dass wir viel Gemeinsames haben. Nach der Neuerrichtung des KHD-Gedenkkreuzes bei der Kirche in Liescha wurde nun auch die Grabstätte der Opfer im Wald vom österreichischen Schwarzen Kreuz neu gestaltet.

Im Unterkärnter Raum ist die Besorgtheit der Menschen deutlich zu spüren, dass wieder einiges außer Lot geraten könnte. Wir brauchen keine neuerliche Diskussion um eine Umbenennung des Turnersees oder des Karl Hönck Heimes. Auch werden wir uns das dankbare Erinnern an Dr. Hans Steinacher niemals nehmen lassen, was wir auch anlässlich des zur 100 Jahre Volksabstimmungs-Feier vom KHD in Miklautzhof errichteten Jubiläumsdenkmals in Stein gemeißelt bekunden. Vor genau 50 Jahren, im August 1972, wurde von der Landjugend Gallizien das Gipfelkreuz am Hochobir zu seinen Ehren errichtet.

Die Gestaltung des Postwurfes zur Europeda (zuerst slowenisch dann deutsch) war wohl nicht klug. Eine Gleichbehandlung der deutschsprachigen Vereine und Chöre durch Förderungen darf nicht ausbleiben, um weiterhin gemeinsame Kulturveranstaltungen zu ermöglichen. Anders wird es wohl schwer möglich sein, ein mehr an gegenseitigem Miteinander zu schaffen!

Das Treffen zwischen dem slowenischen Präsidenten Pahor und LH Kaiser war wohl nicht dazu angetan, das Vertrauen der Unterkärntner Bevölkerung zu fördern, zumal die Politik in ihrem Gedenken nicht



Bild: Jordan

Eine KHD-Abordnung besuchte das Sommerfest samt Traktorsegnung auf Einladung der KAB-Ortsgruppe Feistritz/St. Michael mit Obmann Valentin Leitgeb in Wuroujach bei Bleiburg

alle Opfer totalitärer Regime im Krieg und den Nachkriegstagen mit einbezieht. Vom Arbeitstreffen war kein einziges Wort zur Situation der deutschen Volksgruppe – und schon gar nicht von der Absicht einer Anerkennung – öffentlich zu hören.

Der „Hase“ vom Loibacher Feld zum Opfergedenken (Mai 2022) war wohl die Ankündigung, dass von linksradikaler Seite wieder gegen die 10.-Oktober-Feierlichkeiten 2022 provoziert werden soll.

Unglaublich, dass sich über Monate im Auftrag der Politik eine sogenannte Expertengruppe mit dem kroatischen Opfergedenken befasst hat, ohne die Betroffenen jemals gehört zu haben. Vieles im Bericht ist leicht widerlegbar und dieser offenbart zahlreiche schwerwiegende Mängel. Denn von den unseligen Provokationen, pauschalen Verdächtigungen und der Herabwürdigung von tausenden Gedenkteilnehmern (als Rechtsradikale, sowie Ustascha von linksradikaler Seite) ist darin nichts zu lesen.

Schlussendlich sei angemerkt, dass eine von öffentlicher Hand eingesetzte Expertengruppe „Bleiburg“ wohl auch die Verpflichtung hätte, sorgfältigst und allumfassend einen Beitrag zu leisten, um die Menschen und Opferwürde zu fördern, die Menschen zu verbinden und sie ihrer Vorfahren ungestört gedenken zu lassen! Bleibt zu hoffen, dass dieser Bericht in vielen Bereichen zurück genommen wird!

Eine entsprechende Replik dazu wurde von DI Dr. Josip Stjepandic (Präs. HAZUDD) unter Mitwirkung von kroatischen Organisationen sowie meiner Person an den zuständigen Innenminister Karner und die Politik übermittelt! Die Antwort steht noch aus.

Gemeinsam mit dem Kulturbeauftragten und Vizepräsidenten des kroatischen Weltkongresses (HSK) DI Frajo Pavic werden wir, wie bereits auch 2020, nicht müde, die Menschen und Opferwürde unter Einhaltung der Genfer Konvention und EU Resolution 2019/ 2819RSB einmahnen! ◆

Landesehrenzeichen für Dr. Andreas Skorianz

Dr. Andreas Skorianz, Vorstandsmitglied im KHD, erhielt von Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser das Kärntner Landesehrenzeichen. Dr. Skorianz hat sich in den vergangenen Jahrzehnten aktiv für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes Kärnten und seiner Bevölkerung parteiübergreifend eingesetzt. Besonders betont wurde bei der Feier die Brückenbauerfunktion, welche Dr. Skorianz bei seinen Tätigkeiten immer eingenommen hat. Für die Landesverwaltung hat er sich in den vergangenen Jahren sehr für den Datenschutz und die Korruptionsprävention eingesetzt. Damit habe er im Kärntner Landesdienst neue Maßstäbe gesetzt und das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung gestärkt. ◆



Bild: LPD Kärnten/Eggenberger



Am 25. Juni 2022 haben in Privatinitiative StWm Michael Pirker, Vzlt Thomas Wriesnig und Wm Steven Rader die Gedenkstätte im Wald von Liescha restauriert. Rund um die Gedenkstätte wurde alles ausgemäht, das Kreuz gesäubert und die Gedenkstätte von Unkraut befreit. Der Weg zur Gedenkstätte wurde auch ausgemäht und die Brücke für Besucher wieder sicher gemacht. So kann den Toten von Liescha wieder würdevoll gedacht werden.

Bilder: Österreichisches Schwarzes Kreuz

Fit für die Zukunft

VLÖ-Präsident Kapeller stellte Bundeskanzler Nehammer die Zukunftskonzeption für das „Haus der Heimat“ vor

Anlässlich eines Empfanges von Bundeskanzler Karl Nehammer und Klubobmann August Wöginger am 7. Juni 2022 konnte VLÖ-Präsident Norbert Kapeller die Ideen des Verbandes im Sinne einer zeitgerechten, zukunftsorientierten und nachhaltigen Nutzung des „Hauses der Heimat“ darstellen und um entsprechende Unterstützung bitten. Kapeller stellte dar, dass im Vertriebenenbeirat mit den Bereichssprecherinnen und -sprechern aller Parlamentsparteien Übereinstimmung darüber herrscht, dass das „Haus der Heimat“ in der Steingasse im 3. Wiener Bezirk mittel- bis langfristig in einen musealen Betrieb übergeführt werden sollte. „Da die Schicksalsgemeinschaft der Erlebnisgeneration, welcher nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge von Flucht und Vertreibung unendliches Leid widerfahren ist, zahlenmäßig überschaubar kleiner wird, gestalten sich unsere gemeinsamen Überlegungen im VLÖ-Vorstand dahingehend, das ‚Haus der Heimat‘ als ‚Haus der Begegnung‘ in ein ‚Haus der Erinnerung‘ überzuführen“, erklärt Kapeller.

Dazu hat der VLÖ-Vorstand im Frühjahr unter anderem das Sudetendeutsche Museum in München, das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung sowie die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im „Bendlerblock“ in Berlin besucht, um dort entsprechende Eindrücke zu sammeln. „Essentielle Elemente der Museumspädagogik, die Besucherfreundlichkeit und die Integration der neuen digitalen Welten sind nur einige Beispiele, die uns bei der Umsetzung unserer Pläne am Herzen liegen“, so Kapeller, der gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen im

VLÖ vor allen auf die jüngere Generation schießt, um dieser das Thema der altösterreichischen Geschichte in interessanter und kurzweiliger Art und Weise näherzubringen. „So sind wir zum Beispiel auch bereits mit ‚NOUS Wissensmanagement‘ in Kontakt, einem Wiener Unternehmen, das internationale Erfahrung im Bereich der digitalen Transformation und virtuelle Lösungen für Museen und Kulturbetriebe mitbringt“, ergänzt Kapeller.

„Architekten und Museumspädagogen werden darüber hinaus über den Sommer das Konzept abrunden, damit im Herbst im Zuge einer weiteren Sitzung des Vertriebenenbeirats auch die legislativen Weichen gestellt werden können“, zeigt sich Kapeller optimistisch.

„Durch eine moderne Darstellung der Geschichte und Kulturleistung sollen die altösterreichischen Heimatvertriebenen einerseits ihren Platz in der österreichischen Zeitgeschichte erhalten und andererseits soll das erlittene Schicksal von Flucht und Vertreibung und einer gelungenen Integration in Österreich für die heutige Generation und in Zukunft Mahnung und auch Ansporn zugleich sein, um die Welt ein Stück friedlicher zu machen“, erläutert Norbert Kapeller die Intention der Vertriebenenverbände, denen er als Präsident vorstehen darf. ◆

Bundeskanzler Karl Nehammer und VLÖ-Präsident Norbert Kapeller



Bild: ÖVP/Jakob Glaser

80 Jahre Umsiedlung der Gottscheer

2022 gehen die Gedanken der Gottscheer Landsleute in das Jahr 1942 zurück, in dem die im Winter 1941 begonnene Umsiedlung in die Untersteiermark ihren Abschluss fand. Der Verlust der Heimat Gottschie durch die Umsiedlung war erst der Anfang des schweren Schicksals, mit Vertreibung und Flucht bei Kriegsende 1945 begann der Aufbruch in eine ungewisse Zukunft.

Die deutsche Sprachinsel Gottschie, 60 km südlich von

ne, was auch mit der Steigerung der Bevölkerungszahl einherging. Mitte des 19. Jahrhunderts war die Zahl der Einwohner auf 26.000 Personen gestiegen. Die Wirtschaftskrise und die Tatsache, dass der Gottscheer Boden für die große Anzahl der Einwohner zu wenig hergab, veranlasste viele Gottscheer ab 1870 zur Auswanderung in die Vereinigten Staaten.

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 ebte zwar die Auswanderungswelle ab, aber bis

dahin waren bereits einige kleine Dörfer verlassen und viele Häuser in den restlichen Dörfern unbewohnt. Mit Ende des Ersten Weltkrieges 1918 und dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie gab es im Gottscheer Land noch ca.

Kroaten und Slowenen) und ab diesem Zeitpunkt war Gottschie Teil eines Staates mit slawischen Staatsprachen. Der SHS-Staat trat zwar dem Friedensvertrag mit Österreich vom 10. September 1919 bei und verpflichtete sich damit auch, Schutzbestimmungen für Minderheiten, zu denen auch die Gottscheer zählten, einzuhalten. Doch bereits mit Ende Dezember 1918 wurden die ersten deutschsprachigen Beamten entlassen, deutsche Schulen und das deutsche Gymnasium in slowenischen Institutionen umgewandelt. 1921 wurde den deutschsprachigen Gottscheern auch das Wahlrecht für die Kommunalwahlen entzogen, somit bekam Gottschie/Kocevje einen slowenischen Bürgermeister. 1924 wurden die deutschen Ortsnamen verboten. Von dem slawischen Nationalisierungsbestreben waren besonders die Schulen betroffen. Bald gab es keine deutschen Schulen mehr, nur mehr vereinzelt deutsche Klassen.

Die wirtschaftliche Lage in Gottschie wurde immer schlechter. Durch die Notlage der Gottscheer Bevölkerung und der damit verbundenen Aussichtslosigkeit ließen viele Gottscheer natürlich auf eine Hilfe von außen, auf Hilfe von Deutschland hoffen. Die Unterdrückung, Verfolgung, Unsicherheit und Verachtung ließen bei vielen Gottscheern den Wunsch aufkommen – heim ins Reich.

Dann brach der Zweite Weltkrieg aus. Truppen des Deutschen Reiches überrannten in Blitzkriegen weite Teile von Europa. Am 6. April 1941 begann der Balkanfeldzug, bereits zehn Tage später kapitulierte die Ar-

Laibach/Ljubljana gelegen, wurde unter dem Grafen von Ortenburg aus Oberkärnten und Osttirol besiedelt. Sie rodeten den vorhandenen Urwald, kultivierten das Land und fristeten mit dem Ertrag der bescheidenen Landwirtschaft ein karges Leben. Vielfach mussten sie von Neuem beginnen, da ihnen die Türkenfälle, Franzosenkriege, Seuchen und andere Ereignisse stark zusetzten. Die Wirtschaft des Gottscheer Landes entwickelte sich trotzdem stetig nach vor-

14.000 Einwohner.

Die deutschsprachigen Gottscheer lebten über Jahrhunderte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in Eintracht und Frieden mit ihrer slawischen Nachbarn.

Das Ende des Ersten Weltkrieges und der Zusammenbruch der Monarchie führten zu einer Neuordnung von Europa und leiteten leider auch den Anfang vom Ende des deutschsprachigen Gottscheer Landes ein. Am 1. Dezember 1918 konstituierte sich der SHS-Staat (Staat der Serben,



Von der Umsiedlung betroffene Gottscheer Familie in einer Ausweisstelle in Gottschie, 1941

Bild: Wikipedia/Bundesarchiv, Bild 137-07272/CC-BY-SA 3.0

mee des SHS-Staates. Das ehemalige Kronland Krain wurde auf Grund eines Abkommens zwischen Hitler und Mussolini auf das Deutsche Reich und Italien aufgeteilt. Das Gottscheer Land fiel mit der Provinz Laibach wie befürchtet an Italien. Bereits am 23. April 1941 besetzten die Italiener Gottschee, sie ließen sogleich die deutschen Aufschriften entfernen und führten neben der slowenischen auch die italienische Amtssprache ein.

Damit war klar, dass die Gottscheer in ihrer Heimat nicht mehr erwünscht waren und umgesiedelt werden sollten. Schlussendlich optierten 12.000 Gottscheer für die Umsiedlung und wurden von der Aussiedlungsbehörde in speziellen Zügen erfasst und gemustert. Alle Gottscheer Familien bereiteten sich auf die Umsiedlung vor und packten, was auf einen Pferdewagen passte. Mehr durfte nicht mitgenommen werden. Darüber hinaus durfte eine bestimmte Anzahl

von Vieh mitgeführt werden. Am 14. November 1941 verließ der erste Gottscheer Transport die alte Heimat, um in das sogenannte „Ranner Dreieck“ umzusiedeln. Dabei handelte es sich um ein Gebiet an der Save, direkt an der Grenze zu Kroatien gelegen, mit den Hauptorten Gurkfeld/Krško, Rann/Brežice, Lichtenwald/Sevnica und Ratschach/Radece. Aus diesem Gebiet waren von den deutschen Besatzern zuvor die slowenische Bevölkerung ausgesiedelt worden.

In Rann trafen 5431, in Lichtenwald 1583 und in Gurkfeld 4154 Personen ein. 511 wurden ins Reich umgesiedelt. 380 Gottscheer blieben in der alten Heimat, ein Teil jener Gottscheer, die mit Slowenen verheiratet waren, sind auch nach dem Krieg in Gottschee geblieben. Viele Gottscheer haben ihre alte Heimat erst Jahrzehnte später wieder gesehen.

Die Gottscheer gewöhnten sich langsam an das Leben in ihrer „neuen“ Heimat in der Untersteiermark, was aber vor allem der älteren Bevölkerung schwerfiel. Schmerzlich war die Tatsache, dass ihre verlorene Heimat fast in unmittelbarer Nähe war.

In den kommenden Jahren sollte aber noch mehr auf die Gottscheer zu kommen: Der AVNOJ-Erlass vom 21. November 1943 entschied

über die Enteignung und anschließende entschädigungslose Konfiszierung des gesamten deutschen Staats- und Privatvermögens, welcher sich in der späteren gesetzlichen Fassung auch auf die Aberkennung der Bürgerrechte von Personen deutscher Abstammung bezog. Zu Ostern 1945 wurden die Evakuierung der Bevölkerung von Rann und Umgebung angeordnet. Die Gottscheer wurde vertrieben

Dieser Tage fand die 55. Gottscheer Kulturwoche im Schloss Krastowitz in Klagenfurt statt. In der Einladung dazu wurde an die vor 80 Jahren erwungene Umsiedlung der Gottscheer erinnert. Auszugsweise bringen wir an dieser Stelle den betreffenden Text

und bei Kriegsende folgte die Flucht nach Österreich. Bereits kurz nach der Verkündigung der deutschen Kapitulation zeigten sich immer mehr Partisanen. Sie plünderten und nahmen, was ihnen gefiel, durchmarschierende deutsche Soldaten wurden einfach erschossen. Viele Gottscheer, wie auch Soldaten und andere Personen, kamen in Internierungslager wie Tüchern, Sterntal u.a., wo unvorstellbare Zustände herrschten.

Heute leben Gottscheer und ihre Nachkommen auf der ganzen Welt, der größte Teil in Österreich und Nordamerika. Sie haben sich in Vereinen zusammengeschlossen und pflegen ihr Volkstum. Man kann rückschauend sagen, dass die Umsiedlung den deutschen Gottscheer befohlen, also oktroyiert wurde. Sie standen vor der Wahl, ihr Volkstum aufzugeben oder umzusiedeln. ◆

Kirchturm im verlassenen Gottscheerdorf Tappelwerch: Das einzige verbliebene Gebäude im Ort



Bild: Wikipedia/Pm/GNU

Turnersee-Wirbel?

VON BRUNO BURCHHART

Und wieder einmal muss eine wohlbekannte, aber zum Glück vergangene Ideologie erhalten, um politisches Kleingeld zu wechseln

Wieder versucht ein Schriftsteller mit Hilfe einer Krimi-Ausgabe, seine Privat-Aufmerksamkeit durch alte Hüte um den Südkärntner Turnersee zu steigern. Den beliebten Badesees ins Rampenlicht einer – Gott sei Dank – längst vergangenen Ideologie zu rücken, scheint nicht nur bei diesem Thema Methode zu sein. Werden doch laufend mehr oder weniger bedeutende Dinge aus der Zeit um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ans Licht gezerrt, um diverse Süppchen zu kochen.

Worum geht es? Manchen aus dem ewiggestrigen Raum stößt es offensichtlich auf, dass der vor hundert Jahren noch Sablatnigsee genannte, unterhalb des Petzen-Massivs liegende See heute Turnersee heißt. Wie es dazu kam, ist eine altbekannte Geschichte: Der begeisterte Turner Karl Hönck (Wolfsberger Turnverein) unternahm mit den Jungturnern zahlreiche Wanderungen und „entdeckte“ den einsam gelegenen See, der alle sofort faszinierte. Der See gehörte der Familie Orsini-Rosenberg, die den „Sablatnig-See“ veräußern wollte, um Geld für die Erbangelegenheiten nach dem Tod des Senior-Chef zu bekommen. Mit einem wasserdichten Vertrag erwarb der Verein Kärntner Grenzland den See käuflich und benannte ihn 1932 aus Begeisterung für die Sache Turnersee. Seither ist diese Bezeichnung in allen Veröffentlichungen und Atlanten so zu finden und allgemein anerkannt. Übrigens ist der Name „Sablatnig“ keineswegs aus der Gegend verschwunden, siehe z.B. Sablatnig-Moor, Sablatnig-Wiesen. Nicht uninteressant ist, dass ausgerechnet von der SLP (Sozialistische Links-Partei) am Turnersee (der hier mit seinem slowenischen Bezeichnung Zablasco Jezero bezeichnet wird) ein Lager abgehalten wurde zur „politischen Schulung“ und Freizeitgestaltung, sic! Nun steht es natürlich jedem Eigentümer frei, sein Ei-

Bild: Wikimedia/ www.kaeernter-ferienwohnungen.com/CC BY-SA 3.0



gentum so zu bezeichnen, wie er es für gut hält.

Mit der heutigen, überall gängigen Bezeichnung Turnersee hat auch das offizielle Kärnten keine Probleme, heißt es doch vonseiten des LH-Kaiser-Sprechers Schäfermeier: „Der Turnersee ist ungeachtet seiner Vorgeschichte seit Generationen den Kärntnern und zigtausenden Gästen als Turnersee bekannt und ... weit über die Grenzen hinaus eine beliebte Marke. Daher ist eine Namensänderung nicht sinnvoll ... Auch was den Namen des Heimes betrifft, liegt die Umbenennung allein beim privaten Eigentümer.“

Das aber ist der eigentliche Urgrund der Bemühungen gewisser Kreise, die Geschichte des Karl Hönck in Verruf zu bringen. Ja, wie Abertausende seiner Zeitgenossen war auch er der NS-Partei beigetreten und hat in einer derer Organisationen – *horribile dictu* – Karriere wie abertausende andere gemacht. Seinen Militäreinsatz hat er in Norwegen gemacht und ist 1947 nach Kriegsgefangenschaft wieder heimgekehrt – unbescholten! Karl Hönck hat am Turnersee Jugendlager abgehalten, ja, es wurden dort auch neben körperlichen Betätigungen Indoktrinationen entsprechend dem Zeitgeist durchgeführt. Dass während der Diktaturzeit dafür dann auch Belobigungen erfolgten, wen wundert das schon, erfolgt solches bei der SLP (s.o.) auch noch heutzutage.

Dass Karl Hönck sich bei der Turnerjugend zweifellos Verdienste erworben hat, ist unbestreitbar. Bei den Lagern, die heute

Fortsetzung auf **Seite 16**

Gastkommentar

Die vielen Gesichter der Erinnerungskultur



VON JOSIP STJEPANDIC

Der österreichische Nationalrat hat auf Antrag der Klubs Grüne, ÖVP, SPÖ und NEOS eine EntschlieÙung über das Gedenken an Völkermord in Srebrenica am 7. Juli 2022 gefasst: „Die Bundesregierung wird ersucht, sich gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten u.a. im Rahmen der Vereinten Nationen für das Gedenken an den Völkermord in Srebrenica weiterhin aktiv einzusetzen, zumal der Internationale Gerichtshof und das Internationale Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien die Straftaten in Srebrenica als Völkermord qualifiziert haben.“ Die EntschlieÙung ist in einer Krisenzeit wie dieser wichtig und bezieht sich auf ein Verbrechen, das vor 27 Jahren sozusagen vor den Fernsehkameras stattgefunden hat.

Diejenigen, die im Sommer 1995 vor ihren Fernsehern saÙen, können sich hinein-denken, wie ein Massaker abläuft: militärische Übermacht, Entfesselung von Gewalt, Rücksichtslosigkeit auf einer und Ohnmacht, Elend, Verzweiflung auf der anderen Seite, was verstärkt wird, wenn Zivilisten, unter ihnen Kinder, zu den Opfern gehören. In der Tat verdienen die Opfer von Srebrenica, allesamt Kriegsgefangene und Zivilisten, unser Andenken – nicht nur an diesem einen Tag.

Gleichwohl hat der Nationalrat für alle sichtbar wieder unter Beweis gestellt, wie zwielichtig und heuchlerisch die Politik allgemein und insbesondere zur Erinnerungskultur ist. In der zweiten Maihälfte 1945 wurden die kroatischen, slowenischen und kosakischen Flüchtlinge von den britischen Alliiertentruppen unter VerstoÙ gegen die Genfer Konventionen auf österreichischem Boden jeweils an die jugoslawische und sowjetische (Rote) Armee ausgeliefert. Vor Ort im Südkärnten und auf den Todesmärschen ins Landesinnere Jugoslawiens wurden Hunderttausende, überwiegend Kroaten, exekutiert oder starben an Erschöpfung. Obwohl die Verbrechen in Österreich sowohl in der publizisti-

schen als auch der wissenschaftlichen Literatur (z.B. Standardwerk von F. T. Rulitz: „Die Tragödie von Bleiburg und Viktring: Partisanengewalt in Kärnten am Beispiel der antikomunistischen Flüchtlinge im Mai 1945“) als auch durch Augenzeugenberichte wie von Maria Leitgeb (youtube) mehr als hinreichend dokumentiert sind, sieht

es so aus, als würde die österreichische Obrigkeit, darunter der Nationalrat, die Ereignisse vom Mai 1945 aus den Archiven und Erinnerungen der Menschen tilgen wollen.

Im Andenken an die kroatischen Opfer vom Mai 1945 hat eine kleine Gruppe der Überlebenden 1952 eine jährliche Gedenkveranstaltung am Samstag vor dem Muttertag ins Leben gerufen, wofür sie später mit Spenden von Exil-Kroaten eine Gedenkstätte am Loibacher Feld errichteten. Die Gedenkprozession ging jeweils vom Unterloibach, einem der 16 Friedhöfe im Südkärnten, wo die kroatischen Opfer liegen, bis zur Gedenkstätte, wo eine Totenmesse abgehalten wurde. Während Titos Jugoslawien existierte, wurden die Veranstalter von den Agenten der Jugostasi verfolgt, was schließlich zum tödlichen Attentat an Nikica Martinovic in Klagenfurt 1975 führte. Nach der Unabhängigkeit Kroatiens 1991 gab es einen großen Zulauf für die Gedenkveranstaltung, denn unter den Kroaten in Kroatien und Bosnien-Herzegowina gibt es kaum eine Familie, wo es keine Opfer unter den Flüchtlingen nach Österreich gegeben hat.

Obwohl die spätere Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller durch ihre Teilnahme im Jahre 2014 dem Kroaten-Treffen, wie die Veranstaltung im Volksmund hieß, einen offiziellen Beigeschmack verlieh, ging fortan eine mediale Kampagne los, die in einem De-facto-Verbot mündete. Die Tatsache, dass wenige Teilnehmer, die neben den üblichen Devotionalien auch Symbole trugen, die an den Zweiten Weltkrieg erinnern, wurde genutzt, um sämtliche Teilnehmer als Faschisten zu verunglimpfen. Die Journalisten waren an keinem klärenden Gespräch interessiert, die Gegendarstellungen nicht veröffentlicht. Das Kroatentreffen wurde zum „größten Faschistentreffen Europas“ hochstilisiert, ohne dass ein einziger Faschist namentlich genannt wurde. Ebenso wenig haben die österreichischen Teilnehmer solche Figuren ausmachen können. Es

fanden sich aber „gesunde Kräfte“ in den Nachbarländern wie Deutschland, die ihre Gräuelmärchen in drittklassigen Medien verbreiteten. Es war zugleich folgerichtig und sachlich unzutreffend, dass sich sogar der Nationalrat mit dem „ultranationalistisch-faschistischen“ Ereignis befasst.

Als Ergebnis ist ein „Bericht der ExpertInnengruppe“ über 110 Seiten entstanden, der sich auf dem intellektuellen Niveau eines Schüleressays in der tiefsten serbischen Provinz zu Titos Lebzeit befindet. Nicht nur, dass auf nahezu jeder Seite die einfachsten Fakten verdreht wurden (der kroatische Präsident Zoran Milanovic wird „Zlatko Milanovic“ genannt), sondern wird darin bestritten, dass es Tötungen an kroatischen Hilfesuchenden auf österreichischem Boden gegeben hätte (Der unwissende Leser möchte sich die Aussage von Maria Leitgeb anschauen).

Dies war nicht genug. Im Dezember 2021 wurde die Liste der nach dem Symbolgesetz verbotenen Symbole um das sog. historische kroatische Wappen sowie die Fahne der kroatischen Freiwilligeneinheit HOS, die im Herbst 1991 Dubrovnik vor dem Fall bewahrt hatte, erweitert.

Als hätte jemand zur Jagd auf die kroatischen Symbole in Österreich geblasen.

Denn das kroatische Wappen – das u.a. die Decke im Wiener Rathaus schmückt – am Gedenkstein auf dem Loibacher Feld wurde von der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt entfernt, obwohl es dort seit fast 40 Jahren stand.

Es war wenig verwunderlich, dass der Verein Bleiburger Ehrenzug, der das Grundstück um die Gedenkstätte verwaltete und die Gedenkveranstaltung veranstaltete, schließlich Abstand davon nahm, eine Veranstaltung im Offenen anzumelden. Stattdessen wurde eine Totenmesse im Bleiburger Pfarrkirche am Freitag, dem 13. Mai, gefeiert. Österreicher machten einen signifikanten Anteil unter den etwa 150 Teilnehmern aus. Gleichwohl waren angeblich genauso viele Sicherheitskräfte vor Ort und der Raum um die Kirche abgesperrt. Ein sachlicher Grund für solche Sicherheitsmaßnahmen war für die Teilnehmer nicht ersichtlich. Er wurde als eine weiterer Einschüchterungsversuch gedeutet, nächstes Jahr – wenn überhaupt - in einer noch kleineren Anzahl zu erscheinen.

In der Einleitung zur oben genannten Entschließung steht es wörtlich:

„Um eine friedliche Zukunft und ein gezieltes Miteinander zu gewährleisten, ist es notwendig, dass sich alle politischen Vertreterinnen und Vertreter - sei es in Bosnien und Herzegowina, aber auch weltweit – mit den dunkelsten Kapiteln der Geschichte auseinandersetzen und die Vergangenheit anerkennen.“

Es wäre schön, wenn der österreichische Nationalrat seine Beschlüsse auch auf die Ereignisse auf eigenem Boden, im speziellen in Südkärnten im Mai 1945, anwenden würde.

Es ist mehr als Ironie des Schicksals, dass der Totenmesse in der Bleiburger Pfarrkirche zwar Valentin Leitgeb, der Sohn der Augenzeugin des Verbrechens im Mai 1945, aber kein österreichischer, um die Erinnerungskultur bemühter Politiker beiwohnte.

Zwei Wochen später im slowenischen Liescha wurde der österreichischen, der kroatischen und der slowenischen Opfer des gleichen Terrorzuges der Tito-Partisanen gedacht, den die Kroaten in Bleiburg gedenken. Es waren zahlreiche Politiker anwesend, u.a. der 3. Landtagspräsident Josef Lobnig und keiner hat sich beschwert, dass irgendetwas verklärt worden wäre.

Zu den vielen, widersprüchlichen Gesichtern der österreichischen Erinnerungskultur passt auch die Nachricht, dass Olga Voglauer, eine der exponiertesten Gegnerinnen des Gedenkens in Bleiburg, ihren Sommerurlaub in Kroatien macht. Man kann gespannt auf ihren Bericht warten, wie vielen Ultranationalisten-Faschisten sie dort begegnet ist.

DI Dr. Josip Stjepandic ist Präsident der Kroatischen Akademie und Wissenschaften und der Künste in Diaspora und Heimat (HAZUDD)



Bild: Facebook/Thomir Janjicak/Social Networks

Sudetendeutsche Vision

Am 72. Sudetendeutschen Tag, der um die vergangenen Pfingstfeiertage stattgefunden hat, wurde vom Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bernd Posselt festgestellt, dass der Dialog mit den Tschechen streckenweise sehr einseitig verläuft. Insbesondere der Wunsch der Sudetendeutschen Landsmannschaft, einen Sudetendeutschen Tag einmal in der alten Heimat auf dem Boden der heutigen Republik Tschechien durchzuführen, erwies sich bislang als bloße Vision.

Posselt erklärte dabei, dass Dialog nicht Geschwätz sein könne oder das Nebeneinanderhergehen von Monologen, sondern dass man einander wirklich begegnen müsse. Und das möglichst auch auf dem Boden der alten sudetendeutschen Heimat.

Den Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft für das Jahr 2020 nahm der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis entgegen. Als Siebenbürger Sachse ist er zweifellos ein überaus würdiger Preisträger. Den diesjährigen Karlspreis sollte der ukrainische Staatspräsident Selenskij erhalten, der allerdings wegen des Krieges nicht persönlich anwesend sein konnte.

Den großen Sudetendeutschen Kulturpreis erhielt in diesem Jahr der Pädagoge Professor Winfried Böhm. Der 1937 im Sudetenland geborene Böhm war bis vor kurzem Vorstand des Instituts für Pädagogik an der Universität Würzburg. ◆

Fortsetzung von **Seite 13**

am Turnersee für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vom Österreichischen Turnerbund durchgeführt werden, und auch bei den Sängerwochen, die ebenfalls in diesem Gelände abgehalten werden, steht jedoch die Freude an Bewegung, Gemeinschaft, Brauchtum, Gesang, Fröhlichkeit an allervorderster Stelle. Sind das doch ausgewiesene demokratische Organisationen, die mit Ideologien der Vergangenheit nichts am Hut haben, Extremismus jeglicher rechter oder linker Gesinnung nachweisbar entschieden ablehnen

Man soll also die Kirche im Dorf lassen. Wenn man der Allgemeinheit historische Erklärungen übermitteln will, sollte man das mit mehr Objektivität und Feingefühl und nicht mit durchsichtigen, unintellektuellen Methoden machen. ◆



Bezahlte Anzeige



KLAGENFURT IST KLIMA-VORZEIGESTADT

Die **Europäische Kommission** wählte **Klagenfurt** als einzige österreichische Stadt zur **Klima-Vorzeigestadt**.

- Das bringt:**
- ✓ Innovationsschub im Klimabereich
 - ✓ Fördergelder
 - ✓ Internationale Aufmerksamkeit



Alle Informationen zur EU-Auszeichnung finden Sie auf www.klagenfurt.at

Erinnerung – Kultur 1918-1920

VON REINHOLD GASPER



Bild: Die Grünen, Klagenfurt

Abwehrkampf und Volksabstimmung

Es gab viel markante Ereignisse die es wert sind, nicht in Vergessenheit zu geraten. Journalisten haben sich fast nur großen Themen wie Abwehrkampf und Volksabstimmung angenommen, aber die vielen kleinen Episoden nicht so wichtig angesehen, deshalb wurden sie bisher vergessen. Das sollte sich mit dieser Artikelserie ändern.

Als feststand, dass die SHS-Armee dem Kommando der kriegserprobten Serben mit sechs- bis zehnfacher Übermacht angreifen werde, war dem Kärntner Volkswehrkommando klar, dass dies inhaltlicher Rückzug um Opfer zu vermeiden bedeutet. Die Landesregierung floh nach Spittal, später nach St. Veit. Die Klagenfurter Stadtregerung bereitete sich vor, die Vizebürgermeister sandten einen Hilferuf in französischer Sprache an US-Präsidenten Wilson. Außerdem gingen sie mit einem Protestschreiben den Einmarschierenden entgegen, erließen die Order an alle Ämter, diese nicht dem Feind zu übergeben, alle Schreiben, die nicht in Deutsch verfasst waren, zurückzuschicken. Der Gemeinderat – jeweils sechs Personen – hielt von 6. Juni bis 31. Juli über 55 Tage untermits wie auch in der Nacht Gemeinderatssitzungen ab, um das Rathaus vor Besetzung zu bewahren. Eine Gedenktafel im zweiten Stock neben dem Eingang zum Gemeinderatssaal erinnert an diese außerordentliche Leistung.

Der Kommandant der serbischen Besatzung, Oberst Dobroslav Milenkovic, erwies sich als Ehrenmann, er verabschiedete sich mit einem Dankschreiben für die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Beim Abzug, zu dem sie aus Paris mehrmals aufgefordert wurden, wollten sie aus dem Museum gewisse Ausstellungsstücke mitnehmen, insbesondere den Fürstenstein, das verhinderte Vzbgm. Pressien mit dem Hinweis auf Privatbesitz des Geschichtsvereines.

Oben: SHS-Truppen in Kärnten
Unten: Vizebürgermeister Jürgen Pfeiler und Wolfgang Germ mit Reinhold Gasper vor der Gedenktafel (Bild aus 2009)



Bild: Archiv Kärntner Abwehrkämpferbund



Bild: Archiv Gasper

Vizebürgermeister von Klagenfurt Franz Pressien



Bild: Archiv Gasper

Vizebürgermeister von Klagenfurt Richard Rach



Bild: StadtPresse/Burgstaller

Reinhold Gasper war grüner Stadtrat in Klagenfurt

Der Ukraine treue Moslems

VON BERNHARD TOMASCHITZ

Die wechselvolle und leidvolle Geschichte der Krimtataren

Es ist kein Geheimnis, dass im Ukraine-Krieg auf der Seite Russlands Tschetschenen kämpfen. Weniger bekannt ist aber, dass in diesem militärischen Konflikt auf der Seite der Ukraine Krimtataren teilnehmen. Wie der Name sagt, stammen die Krimtataren aus der Halbinsel im Schwarzen Meer, die 2014 – je nach Standpunkt – von Russland annektiert oder der Russischen Föderation angegliedert wurde.

Die Herkunft der Krimtataren, die einen türkischen Dialekt sprechen, ist nicht genau geklärt. Einer Theorie zufolge sind die Krimtataren Nachkommen vieler Völker, die auf der Krim lebten oder sie eroberten, wie beispielsweise Mongolen, Chasaren, Griechen, Iraner, Hunnen, Bulgaren, Kumanen, oder Krimgoten. Als gesichert gilt hingegen, dass die Krimtataren im 14. Jahrhundert den sunnitischen Islam übernahmen und die Krim zu einem Zentrum der islamischen Kultur in Osteuropa wurde.

Im Jahr 1441, während des Zerfalls der Goldenen Horde, des mongolischen Khanats, das sich von Westsibirien bis nach Osteuropa erstreckte, entstand das Krim-Khanat, das zunächst nicht nur die Krim umfasste, sondern große Gebiete nördlich der Halbinsel, die heute zu Russland oder zur Ukraine gehören. Nicht zuletzt aufgrund der engen sprachlichen und kulturellen Bindungen war das Krimkhanat ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches.

Zwischen dem Osmanischen und dem Russischen Reich kam es im Laufe der

Zeit zu einem Ringen um die Kontrolle des Schwarzen Meeres, wobei die Türken des Kürzeren zogen. Mit dem Frieden von Küçük Kaynarca im Jahr 1774, der den Russisch-Türkischen Krieg beendete, erkannte das Osmanische Reich seine Niederlage an und trat die Gebiete nördlich des Kaukasus und die südliche Ukraine mit den Mündungen von Bug, Dnepr und Don an das Russische Kaiserreich ab. Das Krim-Khanat wurde unabhängig, jedoch dauerte die Eigenständigkeit nur wenige Jahre. Denn 1783 kam das Krimkhanat unter russische Herrschaft, wenngleich die neuen Herrscher versuchten, den krimtatarischen Adel in die russischen Verwaltungsstrukturen zu integrieren. Die Krimtataren selbst waren den Russen ablehnend bis feindlich gesinnt, mehrmals kam es zu Revolten, viele Krimtataren wanderten von der Halbinsel aus und andere Völker, vor allem Russen, ein. Das Internetportal „Al-Monitor“ schreibt, 1783 waren auf der Krim 98 Prozent der Bevölkerung Tataren und es gab 1.500 Moscheen. 1914 gab es nur noch 750 Moscheen und „die Sowjets, die Dynamit und Bulldozer verwendet, zerstörten, was noch übriggeblieben war“.

Mit dem Ende des Zarenreiches 1917 gab es eine kurzlebige „Volksrepublik Krim“, und 1921 entstand die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Krim innerhalb der RSFSR. In der ersten Hälfte der 1920er-Jahre wurde die krimtatarische Sprache und Kultur gefördert, was sich aber gegen Ende des Jahrzehnts mit dem Beginn stalinistischen Terrors grundlegend änderte. Die stalinistische Unterdrückung führte auch dazu, dass viele Krimtataren im Jahr 1941 die einrückende Deutsche Wehrmacht als Befreierin begrüßte.

Zudem stellten sich etwa 20.000 Krimtataren, was damals etwa sieben Prozent der krimtatarischen Bevölkerung entsprach, der Wehrmacht zur Verfügung. Dass weit mehr Krimtataren im wehrfähigen Alter in der Roten Armee dienten und mehrere von ihnen als „Helden der Sowjetunion“ gefeiert wurden, konnten das kleine moslemische Turkvolk nicht vor dem Zorn Josef Stalins schützen. Im Mai 1944, nach

Krimtatarische Frauen (frühe 1900er)



Bild: Wikipedia/Gemeinfrei

der Rückeroberung der Krim, befahl der kommunistische Diktator die Deportation der Tataren in Arbeits- und Straflager in Zentralasien und in Sibirien. Rory Finnin, der Ukraine-Studien an der Universität Cambridge lehrt, schrieb dazu im Magazin „The Atlantic“: „Im Mai 1944 deportierte er innerhalb von drei Tagen die gesamte krimtatarische Nation – etwa 200.000 Menschen – aus ihrer Heimat. In der krimtatarischen Sprache wird die Deportation als Sürgün („das Exil“) bezeichnet, ein Ereignis brutaler Enteignung und massenhaften Todes. Tausende von Deportierten starben im Laufe der Reise an den unmenschlichen Bedingungen, dem Mangel an Wasser und Nahrung und der grausamen Behandlung durch Stalins NKWD. Tausende weitere starben an Hunger, Entblößung und Krankheiten in ‚speziellen Siedlungslagern‘ in Zentralasien und Sibirien, in den entlegensten Gebieten der Sowjetunion, wo sie fast ein halbes Jahrhundert lang schmachteten.“

Im Jahr 1954 schenkte der neue Sowjetführer Nikita Chruschtschow die Krim der Ukraine, während die Krimtataren noch Jahrzehnte auf ihre Heimkehr warten mussten. Diese setzte erst nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ein, und die ukrainische Volkszählung 2001 verzeichnete rund eine Viertelmillion Krimtataren, was rund ei-

Die Krimgoten

Die Nationalsozialisten planten eine Umbenennung der Hafenstadt Sevastopol in „Theoderichshafen“, benannt nach dem Ostgotenkönig Theoderich dem Großen. Dabei spielten sie auf die Krimgoten an, also auf die Nachkommen jenes Teils der Ostgoten an, die sich im 4. Jahrhundert auf der Krim (Taurien) niedergelassen hatten. In der Folge kam es zur Bildung mehrerer krimgotischer Fürstentümer, und ihre Städte, die sogenannten Gotenburgen, waren meist direkt in den Fels gehauen. Vom 13. bis zum 15. Jahrhundert bestand im Südwesten der Krim das Fürstentum Theodoro, das auch „Gothia“ genannt wurde. Die Krimgoten vermischten sich im Laufe der Zeit mit anderen Völkern, und im 18. Jahrhundert scheint die krimgotische Sprache endgültig ausgestorben zu sein. ◆

nem Zehntel der Gesamtbevölkerung entsprach.

2014 boykottierten die Krimtataren (ebenso wie die Ukrainer) die umstrittene Volksabstimmung über die Angliederung der Halbinsel an Russland. Dass die Krimtataren lieber Teil der Ukraine als Teil Russlands sein möchten, hängt mit den leidvollen historischen Erfahrungen zusammen. „Die historische Erinnerung an die sowjetische und kaiserlich-russische Verfolgung hat dazu geführt, dass die meisten die ukrainische Herrschaft der des Kremls vorziehen“, schreibt das Internetportal „Middle East Eye“. Dass Russlands Präsident Putin im April 2014 ein Gesetz über die „Rehabilitierung der Krimtataren“ erließ, konnte diese zu keinem Meinungsumschwung bewegen. ◆



Bilder: Wikipedia

Der Krieg ist nach Europa zurückgekommen – Spenden Sie für deutsche Kinder in der Ukraine

Die Ukraine ist zum Schlachtfeld geworden. Galizien, die Karpato-Ukraine, die Bukowina gehörten einst zur Habsburger Monarchie, heute sind sie ukrainisches Staatsgebiet und Kriegsschauplatz. In der Karpato-Ukraine, die von Wien kaum weiter entfernt ist als Kärnten, lebt noch eine kleine deutsche Restminderheit. Altösterreicher deutscher Muttersprache, Karpatendeutsche! Um sie will sich der Kärntner Heimatdienst im Zuge seiner Friedensarbeit nunmehr verstärkt kümmern.

Schon in den vergangenen Jahren hat der Kärntner Heimatdienst altösterreiche Gruppierungen deutscher Muttersprache unterstützt. Ob im heutigen Slowenien, dem benachbarten Friaul oder im weiter entfernten Tschechien, der Kärntner Heimatdienst hat deutschsprachige Altösterreicher immer gefördert. Nun auf Grund der aktuellen Kriegsereignisse wollen wir die kleine karpatendeutsche Minderheit, ebenfalls Altösterreicher, unterstützen. In den Dörfern rund um Mukatschewo/Munkatsch leben noch immer über 3.000 Deutsche, viele ältere Menschen, aber auch junge Familien mit Kindern, zumeist in überaus bescheidenen Verhältnissen. Und sie versuchen, die deutsche Kultur, die deutsche Sprache und die altösterreichische Mentalität zu bewahren. Sie benötigen Hilfe zumal in den Tagen des Krieges.

Mit Ihrer Hilfe wollen wir im kommenden Sommer – wenn es die Kriegsereignisse erlauben – Kinder dieser altösterreichischen Volksgruppe zur Erholung nach Kärnten einladen.

Dies wird erst der Start einer längerfristig geplanten Unterstützung der altösterreichischen Volksgruppe deutscher Muttersprache in der Karpato-Ukraine sein. Dazu, sehr geehrte Leser, liebe Freunde des Kärntner Heimatdienstes, benötigen wir Ihr Engagement und Ihre Spende.

Verwenden Sie den beigelegten Spendengutschein und suchen Sie sich eines der Bücher oder eine DVD aus dem KHD-Shop aus (Siehe Seite 2; jeder Spender kann sich sein Buch/DVD im KHD-Büro in Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8, abholen).

Helfen Sie den deutschen Kindern in der Ukraine, unterstützen Sie die Arbeit des KHD.



Feldkirchen in Kärnten: Durch die Luftaufnahme erkennt man gut, wie sich die Stadt immer mehr in die Fläche verbreitet und zersiedelt

Vom Antlitz unseres Landes

Bild: Wikipedia/Joadi / CC BY-SA 3.0 at

VON ANDREAS MÖLZER

Über Zersiedelung, Bodenversiegelung und Bau-Unkultur

Was aus der Naturlandschaft Kulturlandschaft macht, ist das Einwirken des Menschen. Er kultiviert Urwälder, liegt Sümpfe trocken, macht aus der urwüchsigen Landschaft jenes Landschaftsbild, das aus Wiesen, Äckern, Fluren und Forsten besteht. Der wesentlichste Faktor der Kulturlandschaft sind allerdings die menschlichen Bauten. Die Behausungen, die der Mensch im Zuge seiner Geschichte für sich errichtete, die Siedlungen, die anlegten Dörfer, Märkte und Städte, sie prägen, was wir heute Kulturlandschaft nennen. Sie prägen das Antlitz eines jeweiligen Landes. Und sie sind auch charakteristisch für das betreffende Land und die jeweilige Geschichtsepoche, aus der sie stammen.

Wir kennen den historischen Ablauf und die Entwicklung unserer heimischen Kulturlandschaft.

Da waren zuerst wahrscheinlich Pfahlbauten und einfache Hütten, von denen kaum etwas geblieben ist. Keltische Siedlungen haben kaum etwas hinterlassen. Erst die Römer bauten auf eine Art und Weise, die bleibende bauliche Reste zeitigen. Und dann, nach den dunklen Jahrhunderten kam die fränkische Zeit, die bereits feste Bauwerke hinterließ, danach Romanik und Gotik. Aus diesen Epochen sind uns Kulturbauten

Die Zersiedelung der letzten Jahrzehnte überwuchert unser Land wie Pilzbefall.

überliefert, die zu den größten Kunstschatzen unseres Landes zählen. Romanische und gotische Dome, Burgen und Schlösser, aber auch Städte sind Teil unserer Kulturlandschaft und gehören zu den größten Attraktionen, auf die wir bis heute stolz sind.

Danach kann die Renaissance, das Barock, Rokoko, schließlich das Biedermeier und die Gründerzeit. Diese Epochen hinterließen Baudenkmäler, welche die Kul-

turlandschaft bis heute prägen. Darauf folgten die Verwerfungen der beiden Weltkriege und die entsprechende Bautätigkeit. Schließlich kam es zu den sozialen Wohnbauten der Zwischenkriegszeit, zur Siedlungstätigkeit in der Nachkriegszeit und letztlich zu den zeitgenössischen Bauten.

Und da wirft sich die Frage auf, ob es noch Kulturlandschaft ist und nicht vielmehr bereits Landschaftszerstörung. Unser Land, das von der Naturlandschaft her zu den schönsten Gebieten des Planeten zählt, mit seinem gemäßigten Klima und der üppigen Flora, wurde in den vergangenen Jahrzehnten durch Zersiedelung, insbesondere der Ballungsräumen, gewissermaßen wie mit Pilzbefall überwuchert. Im Speckgürtel der Großstädte entstanden chaotische Wohngebiete. Auch auf dem flachen Lande, in den Tälern des Landes, entstanden weitere eher planlos angelegte Siedlungen, die nicht mehr den Charakter geschlossener Dörfer annahmen, sondern

nur wegen der Individualmobilität durch die massenhafte Nutzung von Kraftfahrzeugen denkbar waren.

In Zeiten, in denen man auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen war, oder auf die Kräfte der eigenen Beine, um zur Arbeit zu kommen, war es unmöglich, so dezentral zu siedeln. Durch den Individualverkehr wurde dies möglich, was letztlich diese Zersiedelung zeitigte. Überdies entstanden im Weichbild der Ballungsräume und der größeren Städten Wohnanlagen, die den Menschen eigentlich in eine Art von Termitenexistenz zwangen. Nicht ganz so drastisch wie es etwa in Asien, beispielsweise in Hongkong existiert, wo in gewaltigen Hochhäusern mit etwa einhundert Stockwerken bis zu fünftausend Menschen in einem Gebäude leben, aber doch vom Charakter her, an einen Ameisenstaat erinnernd.

Dass Menschen, die in solchen Bauten leben, schlicht und einfach andere psychische Eigenheiten entwickeln als ihre Artgenossen, die beispielsweise auf dem Lande in Bauerngehöften leben, steht außer Frage. Das extremste Beispiel für derlei Wohnbau sind zweifellos die Plattenbauten aus dem ehemaligen kommunistischen Bereich Osteuropas. Während der soziale Wohnbau in der Zwischenkriegszeit, beispielsweise die Gemeindebauten des „Roten Wien“ noch die nötige Infrastruktur für das menschliche Zusammenleben mitgeplant hatte, sind die Wohnbausiedlungen der Nachkriegszeit und unserer Gegenwart häufig nur noch Schlafsilos, von denen die Menschen dann zur Arbeit zu pendeln haben.

Hand in Hand mit dieser Zersiedelung geht naturgemäß die Versiegelung der heimischen

Böden. Im Alpenraum, der ohnedies wenig bewohnbare Fläche aufweist, da die Gebirgslandschaft dominiert, ist diese Zersiedelung besonders bedenklich. Fruchtbare Böden werden dadurch immer seltener, die agrarische Selbstversorgung der Bevölkerung wird nahezu unmöglich. Diese Versiegelung der Böden ist auch ökologisch höchst bedenklich, da Naturkatastrophen wie Hochwässer die unmittelbare Folge sind. Und die Funktion des Grünlandes als grüne Lunge für die Menschen wird mit der Zersiedelung auch immer weiter zurückgedrängt.

Hand in Hand gegangen mit diesen bedenklichen Entwicklungen ist in den letzten Jahrzehnten auch ein Verfall des Baustils. Generationen von zeitgeistigen Architekten haben es geschafft, einen chaotischen Mix von Baustilen im Lande zu etablieren, der allen ästhetischen Kriterien widerspricht.

Während Generationen von Baumeistern, Maurern und Zimmerleuten sich über Jahrhunder-

Es finden sich hässliche Vorstädte mit Wohnsilos und einförmigen Gewerbezentren.

te als Handwerker verstanden, die diese Bausubstanz, von der wir heute noch zehren, schufen, verstehen sich unsere zeitgenössischen Architekten als Künstler. Und Künstler streben bekanntlich danach, sich primär selbst zu verwirklichen. Dies bedingt so etwas wie einen Zwang zur Originalität und zur Verachtung historischer Traditionen. Überdies wurden die Kriterien der Ästhetik weitgehend vermeintlichen Sachzwängen und der Nützlichkeit geopfert. Jene Glas-Stahlkästen und Betonburgen, die die heutige Architektur dem Lande schenkt, werden gewiss nicht in die Kunst-

geschichte eingehen. Und sie werden zweifellos nicht in einer Reihe stehen mit gotischen Domen, barocken Schlössern und den Bürgerhäusern der Gründerzeit.

Auch hat die zeitgenössische Architektur bei ihrer Bautätigkeit im Lande große städtebauliche Konzeptionen vergessen. In den meisten zeitgenössischen Wohnsiedlungen gibt es kaum Infrastruktur, die das soziale Zusammenleben der Menschen fördern könnte. So entstanden Wohnsilos, aber keine neuen Dörfer. Und rund um unsere Städte ballen sich die Gewerbe- und Industriezonen mit hässlichen Nutzbauten, Wellblechhallen und Tankstellen. Da wo sich früher mittelalterliche Städte mit Stadtmauern rund um eine hoch aufragende Kirche gruppierten, finden sich heute hässliche Vorstädte mit Wohnsilos und einförmigen Gewerbezentren.

Der Denkmalschutz wird im Lande einerseits allzu streng und allzu wörtlich genommen, wobei der Wiederaufbau alter Bauten geradezu untersagt wird, während auf der anderen Seite modernistische Stilbrüche in historischen Bau-Ensembles geduldet werden.

Solcherart wird unsere Kulturlandschaft mit ihrer historischen Bausubstanz nach und nach zerstört, während im Bereich des zeitgenössischen Bauens kaum etwas Ansprechendes und Zeitloses hinzukommt. Ein schönes Land, wie es unsere österreichische Heimat ist, mit einer wunderbaren Naturlandschaft, wird solcherart durch eine sich wie Pilzbefall ausbreitende und immer hässlicher werdende Verbauung zerstört. Kulturlandschaft vermag man das kaum mehr zu nennen. ♦



„Schutz der Natur in den Mittelpunkt“

Der freiheitliche Obmann Erwin Angerer fordert einen sensibleren Umgang der Politik mit der Raumordnung in Kärnten

Wenn Sie sich die Lage der Baukultur in Kärnten ansehen: Wie steht Kärnten hier da, wo gibt es Ihres Erachtens Handlungsbedarf seitens der Politik? Sie haben ja mehrfach etwa den überbordenden Bau von Chalet-Dörfern kritisiert.

Erwin Angerer: Die derzeit in Kärnten gelebte Raumordnungspolitik bedroht die einzigartige Kärntner Almlandschaft. Ich erachte den Schutz unserer Almen und Seen vor der Verbauung – insbesondere mit neuen Windrädern und Chalet-Dörfern – als enorm wichtig. Der Bau allein eines Windrades beansprucht dieselbe Fläche wie der Bau von vier Einfamilienhäusern. Unsere jahrelange Forderung beinhaltet, dass unberührte Naturteile geschützt und keine neuen Gebiete aufgeschlossen werden sollen – entsprechend den umwelt-

politischen Zielen des Landes Kärnten. Dort, wo schon Bestand und Infrastruktur vorhanden sind, sollen im Sinne der Tourismus- und Freizeitwirtschaft auch bestehende Projekte weiterentwickelt werden sowie neue entstehen können. Dass aber Konzerne oder Investoren Zweitwohnsitzprojekte in der unberührten Natur unserer Almen oder Seengemeinden wahllos aus dem Boden stampfen, darf keinesfalls zugelassen werden.

Es wird viel über eine Vereinheitlichung von Bauordnungen gesprochen. Macht das überhaupt Sinn?

Angerer: Wenn es darum geht, die Bauordnungen bundesländerübergreifend zu vereinheitlichen, dann macht das durchaus Sinn, wobei auf spezifische Gegebenheiten einzelner Bundesländer dennoch Rücksicht genommen werden muss. Eine Vereinheitlichung von Bauord-

Bild: Pixhere



Bild: Privat

Fehlende Einsicht

VON WENDELIN MÖLZER

Chalet-Dörfer und Bettenburgen: Die fehlende Baukultur führt zu großem Unglück

Das kleine Kärntner Gegendtal wurde vor gut einem Monat zum Schauplatz einer Tragödie, die uns wieder einmal die Gewalten der Natur vor Augen geführt hat. In nur sechs Stunden fielen 120 Liter Wasser pro Quadratmeter, die Folge war eine Flutkatastrophe, die de facto

ein halbes Tal weggespült hat. Der Verlust nur eines Menschenlebens erscheint in Anbetracht der Bilder, die man dann in den Medien zu sehen bekam, wie ein Wunder.

Was bleibt, ist großer materieller Schaden, der großteils nicht von Versicherungen gedeckt ist,

Menschen, die ihre Existenzen verloren haben und vor dem Nichts stehen. Auf der Suche nach den Ursachen für diese Katastrophe wird schnell der Klimawandel ins Vordertreffen geführt, und ja, es wird etwas dran sein, dass solche Starkregenereignisse eine Häufung erfahren, die

nungen ist deshalb besonders in jenen Bereichen sinnvoll, in denen es um Sicherheits- und Vorsorgethemen geht. So haben wir heuer mit einer FPÖ-Initiative erreicht, dass Regeln der Kärntner Bauordnung, die die Krisenvorsorge behindern, endlich abgeschafft werden: Das Verbot von Zusatzöfen ist gefallen und Notkamine müssen künftig in Wohnhäusern wieder verpflichtend errichtet werden.

Stichwort Flächenwidmungen: Wurden hier in der Vergangenheit Fehler begangen? Wenn ja, wie kann man das künftig vermeiden?

Angerer: Ja, definitiv. Es wurden Widmungen dort zugelassen, wo sie weder notwendig noch sinnvoll waren. Der Versuch, mit dem neuen Raumordnungsgesetz diese Fehler der Vergangenheit zu beheben, ist aus unserer Sicht ein unmögliches Unterfangen. Mit den Zwangsrückwidmungen und Widmungsabgaben kommen enorme Probleme auf die Gemeinden zu, die letztendlich nur zu Streit und Konflikten führen werden. Jetzt gilt es, künftige Fehler zu vermeiden. Deshalb erachte ich auch die Möglichkeit einer befristeten Widmung – wie sie im neuen Gesetz vorgesehen ist – als sehr sinnvoll. Die Festlegung der Raumplanung über das örtliche Entwicklungskonzept gibt es bereits seit Jahrzehnten und ist mehr als ausreichend.

Sollte den Gemeinden die Hoheit in Sachen Baugenehmigungen bleiben, oder sollte es auch hier zu neuen Regeln kommen?

Angerer: Auf jeden Fall sollte diese Hoheit bei den Gemeinden bleiben! Erstens aufgrund der Bürgernähe. Zweitens sind die Gegebenheiten vor Ort bekannt und Bauentscheidungen können rascher abgewickelt werden. Alles andere wäre eine weitere Schwächung der ländlichen Gebie-



Bild: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

te und Gemeinden. Wir plädieren sogar dafür, den Gemeinden mehr Verantwortung und Kompetenzen zu geben und die Bürgernähe zu stärken. Ein einfaches Beispiel ist die Beantragung eines Passes. Seit Jahren schlagen wir vor, dass die Gemeinden Passanträge bearbeiten dürfen. ♦

höchst ungewöhnlich erscheint. Doch nicht das Wetter ist schuld, es sind auch viele menschengemachte Ursachen dabei. Etwa die Verbauung von Gebieten, wo nie gebaut hätte werden dürfen. Hier sind die größten Fehler in den 1970er und 1980er Jahren passiert, als halbkorrupte Bürgermeister zumindest fahrlässig oftmals jegliche Raumordnungsregeln außer Kraft setzten.

Überhaupt aber gab es einen Trend zur Versiegelung von Land – in Treffen im Gegendtal etwa den Bau der Autobahn, der Gefahrenzonen nachhaltig ver-

ändert hat. Jedoch sollte man aus diesen Fehlern schleunigst lernen – denn die Versiegelung von Land ist speziell im alpinen Bereich und konkret auch in Kärnten als Tourismusland nach wie vor ein großes Problem.

Da die Zweitwohnsitz-Burgen am Wörthersee oder Ossiacher See, die von Bauträgern en masse aus dem Boden gestampft werden, dort die Chalet-Dörfer in unberührten Almgebieten, die etwa auf der Hochrindl oder dem Nassfeld mit hunderten kleinen Hütten-Chalets wie die Schwammerl aus dem Boden schießen.

Wenn dann verantwortliche Politiker nach solchen Katastrophen wie im Gegendtal vor die Kameras und Mikrophone treten, und Besserung geloben, dann klingt das fast wie Hohn, blickt man eben auf besagte halbtouristische Megaprojekte quer durchs Land. Deswegen sollte man dringendst darauf drängen, solchen Projekten ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben, um nicht nur unsere wertvollen Naturressourcen zu schützen, sondern auch die Menschen vor Unheil in Form von Umweltkatastrophen zu bewahren. ♦

Landschaftsbild in Gefahr

In Kärnten sind vor allem die gebirgrigeren Landesteile seit jeher von Streusiedlungen geprägt. Doch in den letzten Jahrzehnten scheint ein neuer Siedlungstyp dazugekommen zu sein, nämlich die „Zer-Streusiedlung“. Tatsache ist, dass die fortschreitende Zersiedlung unseres Landes nicht nur ein optisches Ärgernis darstellt. Die Orte rund um den Wörthersee prägen zunehmend Apartmenthäuser-Burgen im architektonischen o8/15-Stil anstelle

der stilvollen Villen von Franz Baumgartner. Und auf manch Kärntner Alm sind mittlerweile fast schon mehr „Chalets“ als Kühe anzutreffen.

Doch nicht nur der für Kärnten wirtschaftlich lebensnotwendige Tourismus hinterlässt einen zweifelhaften Fußabdruck im Landschaftsbild, sondern auch die Einheimischen. Der Trend „Häuselbauen“ ist weiterhin ungebrochen, und der Heimwerker will seinen Bedarf in den großen Baumärkten

mit noch größeren Parkplätzen am Rande der Stadt decken, während gleichzeitig viele Ortskerne veröden.

Hinzu kommt noch die Raumplanung, die an die Herausforderung von heute anzupassen ist und nicht zu vergessen ist die Rolle der Bürgermeister in Bauprozessen. „Der Kärntner“ hat sich deshalb mit dem pensionierten Kärntner Architekten Robert Klimbacher über diese Probleme unterhalten. ◆

„In der Bebauungsplanung liegt der Hund begraben“

Architekt Robert Klimbacher über Zersiedlung und „tote“ Innenstände und Dilemma und Macht der Bürgermeister

In Kärnten gab und gibt es noch immer ein bisschen ein Dilemma, weil die Qualität manchmal durch die Einflüsse der Bürgermeister und anderer nicht kulturraffiner Leute nicht gegeben ist.

Um ein Beispiel zu nennen: Fallweise hat es sogenannte Baukulturbeiräte gegeben, und in einem solchen war ich einmal Mitglied. In Maria Wörth mit der Kirche auf der Halbinsel hat es ein Wahnsinns-Projekt gegeben: Am hätte ein riesiges Objekt errichtet werden sollen, sodass man die Kirche, die als Baudenkmal für den gesamten Wörthersee steht, nicht mehr gesehen hätte! Das Objekt errichten wollte ein bajuwarischer Unternehmer, der mit dem damaligen Bürgermeister, der auch Bauernbundchef war, gut gestellt war. Das Projekt, das ein Kasten in Tiroler Lederhosenarchitektur gewesen wäre, wäre fast durchgezogen worden. Wir von der Ortsbildkommission waren dagegen, aber der Bürgermeister war nicht an uns gebunden. Daraufhin haben wir

dem Bürgermeister gesagt, wir werden die Medien einschalten, nicht nur in Kärnten, sondern auch in Wien, und dann hat er von dem Projekt Abstand genommen. Das nur als Beispiel, wenn der Bürgermeister die Entscheidungsinstanz in Bachsachen ist.

Villach: Die Draustadt leidet darunter, dass der Stadtkern immer mehr verwaist



Bild: Wikipedia/PhilippSteiner/GNU

Herr Klimbacher, was ist architektonisch qualitativ bzw. anspruchsvoll?

Robert Klimbacher: In Wien, aber auch in Graz, hat sich in der Innenstadt Gutes, aber auch weniger Gutes getan, wobei ich nicht auf einzelne Dinge eingehen möchte.

Ein Problem am Land ist die Zersiedelung, die mittlerweile auch vor höher gelegenen nicht haltmacht. In Kärnten entstehen auf der Flattnitz oder am Klippitztörl sogenannte Chalet-Dörfer, also Ferienhäusersiedlungen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Klimbacher: Schauen Sie sich nur an, was sich am Wörthersee getan hat! Dort ist kein Seeufer mehr frei! Da sind zuerst einmal die Bauleitpläne zu berücksichtigen, die vom Land vorgegeben werden. Aber die Interpretation liegt dann bei den Gemeinden, die Hotels oder Apartmenthäuser errichten wollen. Im Bereich Bauleitpläne, Bebauungsplanung, Bauwidmungen liegt der Hund begraben.

Um beim Wörthersee zu bleiben: Die Apartmentkomplexe, die vor allem am Südufer errichtet wurden, stehen den Großteil des Jahres leer.

Klimbacher: Das hat sich aber nicht nur in Österreich entwickelt, sondern viel stärker noch in Deutschland, in Tschechien und in der Slowakei. Bei dieser Amerikanisierung ist es wiederum der Bürgermeister, der sagt, wenn ich das Fachmarktzentrum nicht genehmige, wird es eben der Bürgermeister der Nachbargemeinde tun und meiner Gemeinde entgehen Steuern und Abgaben.

Wäre es nicht dringend notwendig, die Raumordnung einmal gründlich zu überdenken?

Klimbacher: Es heißt immer so schön, dass die Innenstädte belebt werden sollen. Aber in Klagenfurt aber ist in der Innenstadt schön langsam tote Hose, es gibt zahlreiche Geschäfte, die leerstehen. In Villach ist es das Gleiche, da hat man mit dem Atrio

Dipl.-Ing. Robert Klimbacher: Er war von 1974 bis 2010 als Architekt in Klagenfurt tätig. Er war in den Bereichen Schulbauten, Hotels, Gewerbe- und Geschäftsbauten, Sozialer und privater Wohnbau, Bebauungspläne und Gutachten tätig. Kürzlich überreichte ihm die TU Graz das „Goldene Ingenieurdiplom“



Da baut man eigentlich doch Geisterstädte?

Klimbacher: Richtig. Aber mittlerweile sind auch die Bürgermeister draufgekommen, dass es für den Ort nichts bringt. Da gib es jetzt größere Hürden, aber die Plätze direkt am See sind schon alle verbaut, weshalb man in die zweite Reihe zurück geht. Aber das große Geld wurde mit der ersten Reihe gemacht, wo es einen Badegrund gibt.

Wenn man durchs Land fährt fällt auf, dass an der Zufahrtsstraße zu jedem größeren Ort, wo vor 30 Jahren noch die sprichwörtliche grüne Wiese war, Baumärkte, Supermärkte oder Filialen von Schnellimbis Ketten stehen. Kommt es hier zu einer Art Amerikanisierung?

die Kunden aus der Innenstadt herausgezogen. Man muss aber auch sagen, dass der Kunde, der oft mit dem Auto bis zur Kassa fahren möchte, das Ganze mitbestimmt. Das kann er auf der grünen Wiese machen, während er in der Innenstadt hohe Parkgebühren zahlt, sofern er überhaupt einen Parkplatz findet.

Dann ist das Problem also schwierig zu lösen.

Klimbacher: In Klagenfurt haben die City Arkaden am Heuplatz für eine Belebung gesorgt, aber die Innenstadt hat davon eigentlich nicht profitiert. Am Alten Platz gibt es leerstehende Geschäfte, und die Bahnhofstraße ist alles andere als belebt.

Das Gespräch führte **Bernhard Tomaschitz**.

Koralmbahn: Chance oder Gefahr?

VON ANDREAS SKORIANZ

In 45 Minuten von Graz nach Klagenfurt: Die Koralmbahn macht es ab 2025 möglich. Das bietet dem Kärntner Zentralraum ungeahnte Zukunftschancen, birgt aber auch Gefahren. Nach Fertigstellung der Koralmbahn trifft diese ab Klagenfurt auf die alte Südbahnstrecke. Deren Verlauf entlang des Wörthersees und durch Klagenfurt ist seit 1864 praktisch unverändert. Mit Inbetriebnahme der neuen Bahn wird mit einer Zunahme des Güterverkehrs um 136 Prozent gerechnet. Schon jetzt leidet der Klagenfurter Zentralraum unter der enormen Lärmbelastigung durch die Eisenbahn. Die alte Brücke über den Lendkanal stellt für halb Klagenfurt einen unzumutbaren Lärmpegel dar. Warum bei einer solchen Jahrhundertinvestition wie der Koralmbahn für eine Brücke kein Geld mehr bleibt ist rätselhaft. Aber auch die Fremdenverkehrsgemeinden am Wörthersee leiden schon jetzt unter der Lärmbelastigung. Selbst am Südufer des Sees sind die Güterzüge deutlich zu hören. Pläne, wonach zumindest der Güterverkehr weitestgehend in einer Tunnellösung nördlich der bestehenden Strecke geführt werden soll, wurden aus Kostengründen immer wieder verworfen. Übrig bleibt die lärmgeplagte Bevölkerung. Es sind daher dringend umfassende Lärmschutzmaßnahmen bis zur Eröffnung der Koralmbahn im Bereich des Wörthersees und um Klagenfurt notwendig.

Gleichzeitig dürfen aber die sich bietenden Chancen nicht verschlafen werden. Gerade die Landeshauptstadt sollte sich schon längst auf die neuen Herausforderungen vorbereiten. Es sind rechtzeitig die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Betriebe, Arbeitsplätze und damit Einkommen nach Klagenfurt zu holen. Ein Entwicklungskonzept für den Ausbau der Infrastruktur im Bereich der Koralmbahn ist zu erarbeiten. Teil dieses Konzeptes müssen geeignete Widmungen für Betriebsansiedlungen sein. Auch der Wohnbau wird auf den neuen Herausforderungen und Chan-

cen auszurichten sein, womit nicht nur attraktiver, sondern auch leistbarer Wohnraum anzubieten sein wird. Leider wird hier in Klagenfurt gerade viel verschlafen. Für Unternehmer gibt es schon derzeit kaum Möglichkeiten für Betriebsansiedlungen und der Wohnbau dümpelt dahin. Das führt dazu, dass schon

einige Unternehmen in Nachbargemeinden wie Poggersdorf oder Ebenthal abgewandert sind. Beim Wohnbau werden nicht einmal die zustehenden Landesförderungen zur Gänze abgerufen, während in Seenähe für Familien unleistbarer Wohnraum von privaten Bauträgern entstehen. Bei dieser Entwicklung ist zu befürchten, dass nach Fertigstellung der Bahn Arbeits-



Bild: Wikipedia/113-tehn/CC BY-SA 3.0

plätze nach Graz verloren gehen. Dabei wäre es umgekehrt mit dem Wörthersee weit attraktiver. Die Bahn darf nicht nur Zubringer für Steirer sein, welche am Klagenfurter Markt ein paar Achtel konsumieren oder am See einen Eiskaffee genießen. Hier besteht für den Zentralraum und Klagenfurt Luft nach oben.

Es kann aber auch anders gehen. Der bestehende Verschiebebahnhof in Fürnitz wird bis zur Inbetriebnahme der Koralmbahn massiv ausgebaut. Das Logistik Center Austria Süd ist hier als Standort bereits etabliert. Auf 160 Hektar Fläche haben sich dort, am Schnittpunkt von Süd-, Tauern- und Karawankenautobahn und dem Verschiebebahnhof Villach, viele Firmen angesiedelt. Nun soll das Logistikzentrum, das dem Land und den ÖBB gehört, im

wahrsten Sinne über sich hinauswachsen. Die Deutsche Logistik Holding (DLH), einer der führenden Entwickler und Betreiber von Logistikimmobilien ist, hat im angrenzenden Federaun 6,3 Hektar Grund erworben, die als Industriefläche gewidmet sind und will dort ein Verteilzentrum bauen, womit Villach sich endgültig als Logistik-Drehscheibe etablieren will. Die Stadt Villach hat sich zudem durch mehrere Zukäufe im Laufe von Jahren im Raum Federaun 46 Hektar Grund gesichert. Bis 2025 soll die Fläche baureif gemacht werden. Im Fokus stehen zunächst Hochwasserschutz sowie eine Verkehrsanbindung. Es heißt, mehrere hundert Menschen sollen hier später Arbeit finden. Ähnliches sucht man in Klagenfurt vergeblich.



**Westportal
des künftigen
Koralmtunnels:
Erkundungstunnel
Mitterpichling (Bild
von 2007)**

Seit vielen Jahren ist der Erhalt des Verlade- und Verschiebebahnhofs in Kühnsdorf ein zentrales Anliegen der Region. Bereits vor drei Jahren fasste das Land daher einen Grundsatzbeschluss zum Erhalt. Zudem erarbeiteten regionale Unternehmer und die Gemeinden ein Betriebskonzept. Nunmehr wurde der Ankauf des Bahnhofsareals beschlossen. Rund 1,85 Millionen Euro werden in die Sicherung der Liegenschaft, die in das Eigentum des Landes Kärnten überführt wird, investiert. Der Bahnhof soll jetzt mit einer langfristigen Nutzungsvereinbarung den künftigen Bahnhofsbetreibern zur Verfügung gestellt werden. Gemeinsam mit dem kürzlich unter Mitbeteiligung der Gemeinden Eberndorf, St. Kanzian sowie Völkermarkt gegründeten

Interkommunalen Gewerbepark Jauntal soll mit dem Verladebahnhof Kühnsdorf und privaten Unternehmern die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterkärnten gefördert werden. Insgesamt fallen rund 5,8 Millionen Euro an, um den Verladebahnhof zu betreiben. Allen voran wird ein Gleisbogen von der Koralmbahn zum Bahnhof errichtet werden. Die hierfür erforderlichen Behördenverfahren sind bereits gestartet. Auch hier werden also die Chancen der Koralmbahn genutzt, indem Unternehmen im Umfeld des Verladebahnhofs angesiedelt und damit die regionale Wertschöpfung gestärkt wird.

In der Industrie- und Gewerbezone in Framrach bei St. Andrä gibt es derzeit rund 50 Betriebe mit 1.200 Beschäftigten. Die 18 Hektar große Industriezone bei der Autobahnabfahrt St. Andrä, die es seit über 30 Jahren gibt, ist kontinuierlich gewachsen. Nachdem kein einziger Grund für eine Betriebsansiedlung mehr frei ist, wird die Gemeinde St. Andrä die Industriezone in Richtung Süden um sieben Hektar erweitern. Dies ist im Hinblick auf die Koralmbahn – und den Bahnhof Lavanttal in St. Paul – ein ebenfalls zukunftsweisendes Projekt.

Auch die Tourismusregion Klopeiner See bereitet sich, anders als die Gemeinden am Wörthersee, auf die Inbetriebnahme der Koralmbahn vor. Noch heuer soll sich die Region Klopeiner See – Südkärnten mit dem Lavanttal zu einer einzigen Großregion zusammenschließen, um Synergien und Stärken zu bündeln. Durch die gemeinsame, professionelle Vermarktung will man vor allem Wertschöpfung in die Region bringen. Mit der Fertigstellung der Koralmbahn werden sich in der Region neue Herausforderungen durch die neue Mobilität ergeben. Der erste Schritt ist hier mit der Aktiv Card bereits getan. Damit können die Gäste ab dem ersten Tag der Anmeldung gratis mit den regionalen öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Gekämpft wird allerdings noch um einen Bahn-Halt für internationale Züge am Bahnhof Kühnsdorf. Derzeit ist für Schnellzüge ein Halt nur im Bahnhof Lavanttal vorgesehen.

Bei einer zukunftsweisenden Politik bietet die Koralmbahn viele Chancen für die Kärntner Regionen. Wird dies verschlafen besteht jedoch die Gefahr, dass Arbeitsplätze in das nicht mehr weite Graz abwandern. ♦

Das Geschlecht frei wie ein Hemd wechseln ...

... das ist kein Witz!
In Deutschland ist
ab 2023 gesetzlich garantiert.



VON JOSEF FELDNER

Zwei Geschlechter – Mann und Frau – die sich durch typische Geschlechtsmerkmale unterscheiden, waren in unserer Kultur stets eine unbestreitbare Gegebenheit.

Wer noch vor einigen Jahren daran gerüttelt und eine freie, an keinerlei Merkmalen gebundene Geschlechterwahl gefordert hätte, wäre auf größtes Unverständnis gestoßen.

Die deutsche Ampel-Regierung, zusammengesetzt aus SPD, Grünen und FDP, will genau das realisieren und bastelt an einem „Selbstbestimmungsgesetz“. Nahezu deckungsgleiche Bestrebungen gibt es aber auch in Österreich. Das Geschlecht zu ändern wird dann fast so leicht, wie ein Hemd zu wechseln. Allerdings mit tiefgreifenden Auswirkungen.

Die Masse der Bevölkerung reagiert darauf sowohl in Deutschland als auch in Österreich lethargisch. Nicht so die Schweizer.



Bild: Pöthner

Deutschland ist Vorreiter

Nach dem 2023 in Kraft tretenden deutschen Bundesgesetz soll der Geschlechtseintrag im Pass künftig lediglich durch einfache Erklärung beim Standesamt geändert werden können. In einem Kommentar führen dazu die zuständigen deutschen Bundesminister für Justiz, Marco Buschmann (FDP) und für Familie, Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) aus:

„Jeder Mensch in Deutschland soll sein Geschlecht und seinen Vornamen künftig selbst festlegen und in einem einfachen Verfahren beim Standesamt ändern können. Es ersetzt – wie im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbart – das bisherige „Transsexuellengesetz“.

Weil in diesem Gesetz bestimmte Bedingungen erfüllt werden mussten, sei dieses nach Ansicht der deutschen Bundesfamilienministerin „entwürdigend“ gewesen.

In Übereinstimmung mit dem Bundesjustizminister führt die Familienministerin dazu aus:

„Das geltende Recht behandelt die betreffenden Personen wie Kranke. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Daher soll es künftig bei der Frage des Geschlechtseintrags unerheblich sein, ob es sich um einen transgeschlechtlichen, nicht-binären oder intergeschlechtlichen Menschen handelt. Als nicht-binär bezeichnet man Menschen, die weder eine männliche noch eine weibliche Geschlechtsidentität haben. Trans-



menschen fühlen sich dem Geschlecht, das ihnen bei der Geburt zugeschoben wurde, nicht zugehörig.

Gutachten zur sexuellen Identität oder ein ärztliches Attest sollen als Voraussetzung für eine Änderung nicht verlangt werden.“

Damit ist jedem die völlig freie Geschlechterwahl bedingungslos gesetzlich garantiert, mit weitreichenden, oft kuriosen Auswirkungen.

So sitzt seit letztem Herbst ein Mann, der plötzlich nicht mehr „Mann“ sein wollte,

nach freier Willenserklärung für die Grünen als „Frau“ im deutschen Bundestag.

Ein weiteres Beispiel für sogar gerichtlich geschütztem Genderwahn:

Kürzlich wurde die Deutsche Bahn vom Oberlandesgericht Frankfurt zu 1.000 Euro „Schmerzensgeld“ verurteilt, weil sich ein keinem der beiden biologischen Geschlechter zugehörig fühlender Fahrgast beim Fahrkarten-Kauf durch die lediglich zwei Anrede-Optionen „Herr“ und „Frau“ diskriminiert fühlte.

Österreich zieht nach

Auch in Österreich ist für eine Änderung des Geschlechts gemäß Personenstandsgesetz kein schwerwiegender operativer Eingriff, wie etwa die Entfernung der primären Geschlechtsmerkmale, mehr Voraussetzung.

Eine Änderung des Geschlechtseintrages im Zentralen Personenstandsregister ist lediglich beim zuständigen Standesamt mit der Erklärung einzubringen, dass ein Zugehörigkeitsgefühl zum anderen Geschlecht besteht.

Die (noch) erforderliche Einholung eines Sachverständigengutachtens ist dann nur mehr eine Formsache, zumal eine Nichtberücksichtigung des Antrags praktisch nicht erfolgt.

Neben der Geschlechtsumwandlung von Mann zu Frau und umgekehrt, besteht auch das Recht, ebenso frei zu erklären, keinem der beiden biologischen Geschlechter angehören zu wollen, sondern sich als

Fortsetzung auf **Seite 31**

Zur Klarstellung:

Mit diesem kritischen Beitrag soll niemandem das Recht abgesprochen werden, sich keinem der beiden körperlichen Geschlechter zugehörig zu fühlen. Wer bisexuell sein will, soll es ebenso sein dürfen wie etwa jene, die in sexueller Hinsicht einen anderen Weg gehen wollen als die große Mehrheit der Menschen.

Es geht aber nicht an, den beiden biologischen Geschlechtern – Mann oder Frau – gleichsam die Normalität abzuspochen. Die Zuordnung der Menschen zu einem der beiden Geschlechter ist ein wesentliches weltweites Kriterium der Menschheitsgeschichte, das zu keiner Zeit ernsthaft in Frage gestellt wurde und für deren Zuordnung immer typische äußerliche Merkmale, insbesondere primäre Geschlechtsmerkmale, bestimmend gewesen sind.

Wenn das nun alles über Bord geworfen werden soll und ein Wechsel des Geschlechtes so einfach gemacht wird, wie der Wechsel eines Hemdes, dann muss dem massiv Widerstand entgegengesetzt werden.

Dieser Widerstand muss vom Volk ausgehen mit massivem Druck auf die Politik. Andernfalls ist Chaos mit tiefgreifenden Auswirkungen auf unser ganzes Leben vorprogrammiert. ♦



Einige Begriffe zum Thema

Die Abkürzung LGBTIQ (im Deutschen LSBTIQ) steht für lesbisch, schwul, bisexuell, trans, intersexuell und/oder queer. Während die Begriffe lesbisch und schwul allgemein bekannt sind, ist das bei den nun folgenden Begriffen nicht generell vorauszusetzen.

Bisexuelle

Menschen, die sich bei ihrer sexuellen Orientierung nicht auf ein Geschlecht festgelegt haben.

Gender

Bezeichnung für die soziale Geschlechterrolle bzw. die sozialen Geschlechtsmerkmale, also alles, was in einer Kultur als typisch für ein bestimmtes Geschlecht angesehen wird (Kleidung, Beruf u. a.). Es verweist aber nicht unmittelbar auf die körperlichen Geschlechtsmerkmale (Sex).

Cisgender

Bezeichnung für Menschen, deren Geschlechtsidentität mit dem körperlichen Geschlecht übereinstimmt. Dies trifft auf den überwiegenden Teil der Menschen zu.

Transgender

Bezeichnung für Menschen, deren Identitätsgeschlecht nicht ihren körperlichen Geschlechtsmerkmalen entspricht.

Intersexualität

Begriff für Menschen, denen nicht eindeutig weibliche oder männliche Geschlechtsmerkmale zugeordnet werden können

(in der extremsten Ausbildung Hermaphrodit oder Zwitter – es handelt sich hierbei um einen Organismus, der sowohl weibliche als auch männliche Geschlechtsorgane besitzt.

Transsexualität

Wenn Menschen in ihrer Geschlechtsidentität insofern gestört sind, als sie sich dem biologisch konträren Geschlecht zugehörig empfinden und unter diesem Zustand leiden.

Das körperliche Geschlecht wird zwar bewusst wahrgenommen, aber subjektiv als falsch empfunden. Transidente Personen wollen sozial als Angehörige des „anderen“ Geschlechts anerkannt werden und streben eine Übereinstimmung von Körper und Empfinden an.

Unterschieden wird zwischen Mann-zu-Frau-Transsexuellen (Transfrauen) und Frau-zu-Mann-Transsexuellen (Transmännern.)

Queer

Hierbei handelt es sich um einen Sammelbegriff, der sich auf

Personen bezieht, die in ihrer sexuellen Orientierung von der Heteronormativität abweichen.

Heteronormativität wird in unserem gesellschaftlichen Wertesystem als Beziehung zwischen Mann und Frau als normal bezeichnet. Und diesen elementaren Bereich unseres gesellschaftlichen Wertesystems wollen die „Queeren“, die nur einen Promillbereich der Gesamtbevölkerung umfassen, durchbrechen.

Divers

Der Geschlechtseintrag divers (von lateinisch diversus „ungleichartig, verschieden“) bildet seit 2018 in Deutschland und seit 2019 in Österreich eine dritte rechtliche Option neben „weiblich“ und „männlich“, die sich auf biologische Intergeschlechtlichkeit bezieht.

Rechtlich ungeklärt bleibt, inwieweit sich die Geschlechtsoption unabhängig von biologischen Gegebenheiten allgemeiner auf eine nichtbinäre Geschlechtsidentität beziehen kann. ◆

Fortsetzung von **Seite 29**

transgeschlechtlich, nicht-binär, intergeschlechtlich oder asexuell zu fühlen.

Näheres dazu siehe den Beitrag „Begriffe zum Thema“

Wie oben erwähnt, blieben bisher sowohl in Deutschland als auch in Österreich Proteste in der Bevölkerung aus. Wohl auch deshalb, weil die tiefgreifende und gesellschaftsverändernde Möglichkeit einer völlig freien Geschlechterwahl im Gegensatz zur Schweiz in unseren Medien bisher weitgehend verschwiegen wurde.

Nur in der Schweiz wird aufgebeht!

Die mit der freien Geschlechterwahl verbundenen absurden Auswirkungen schilderte das nationalkonservative Schweizer Wochenmagazin DIE WELTWOCHEN zu Jahresbeginn überaus kritisch unter dem Titel:

„Mann oder Frau? Ab 2022 ist die Anatomie unerheblich. Jede(r) kann sein Geschlecht selber wählen. Das ist kein Witz!“

Am Samstag ist 1. Januar – der 1. April dagegen lässt noch drei Monate auf sich warten. Wer den neuen Artikel im (Schweizer) Zivilgesetzbuch, der die Geschlechterzugehörigkeit im Personenstandsregister regelt, genauer anschaut, wähnt sich allerdings im falschen Film. Demnach dürfen alle Menschen künftig ihr Geschlecht selber bestimmen – und zwar auf der Grundlage der eigenen Befindlichkeit (und nicht aufgrund von anatomischen oder medizinischen Tatsachen, wie beispielsweise Geschlechtsorganen).

Mit anderen Worten: Wer erklärt, er sei eine Frau, ist eine Frau. Wer ein Mann sein will, ist ein Mann.

In der Praxis hat dies bemerkenswerte Konsequenzen: Ein Mann, der sich als Frau fühlt, muss keinen Militärdienst mehr leisten. Außerdem kann er schon mit 64 Jahren die Altersrente beziehen. Und bei schweren Strafvergehen wäre er ein Fall für das Frauengefängnis.

Die Absurdität dieser Gesetzesanpassung lässt sich auch am Sport festmachen: Künftig ist es möglich, dass sich (anatomische) Männer an Frauenwettkämpfen beteiligen. Ließen sich beispielsweise vor den Olympischen Winterspielen Männer finden, die ihre Geschlechtsidentität wechseln möchten, könnte man das olympische Eishockey-Turnier der Frauen theoretisch mit einem Männer-Team beschicken.

Während die Chancen auf einen Schweizer Medaillengewinn zweifellos steigen würden, bleibt die Frage, wohin diese Entwicklung noch führt. Vom Tisch wäre auf jeden Fall die Genderdiskussion. Ist das Geschlecht nämlich wählbar wie die Geschmacksrichtung eines Joghurts, kann von Diskriminierung keine Rede mehr sein“.

Dieser Beitrag in der WELTWOCHEN löste in der Schweizer Leserschaft einen diesem Beitrag nahezu ausschließlich zustimmenden Reaktionssturm aus.

Aus der Flut der Leserschriften sei nur einer herausgegriffen, der die Mehrheitsmeinung treffend ausdrückte:



Bild: Pflere

„Es muss ein Referendum her, um diesen Wahnsinn zu stoppen!“

Die Gesellschaft wird atomisiert, es ist überall spürbar. Dass dieser Trend vor dem angeborenen Geschlecht nicht Halt macht, ist der absolute Irrsinn, und doch die logische Folge nach Ehe für alle, Gendersprache und Feminismus.

Es darf keine Unterschiede mehr geben. Was sich über Jahrtausende zu einer hochstehenden Kultur ausbildete, wird nun Stein für Stein abgetragen, eingeebnet und der höheren Macht des Gutmenschentums unterworfen

Mölzer gegen Gstettner Entgegnung für den „Delo“

Peter Gstettners diffamierende Darstellung meiner Person und meines publizistischen und politischen Werdegangs enthält neben einer Reihe von abstrusen Verschwörungstheorien und groben Verzerrungen und Vereinfachungen auch mehrere wahrheitswidrige Tatsachenfeststellungen:

So formuliert Gstettner, dass „er (nämlich Andreas Mölzer) bereits mehrmals wegen NS-Wiederbetätigung ins Visier der Staatsschützer gekommen und vor Gericht geladen war“.

Diese massiv diffamierende und absolut falsche Tatsachen-Feststellung, die Peter Gstettner auch in einem Internet-Blog geäußert hat, wird in Österreich noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Abgesehen davon sind eine Reihe von Darstellungen Gstettners, die er in diesem Beitrag äußert, völlig falsch. So schreibt er etwa, dass „Mölzer Projekte“ wie die „Einigung der Euro-Rechten im Europaparlament ... letztendlich scheiterten“.

Tatsache ist vielmehr, dass die patriotische EU-kritische Fraktion „Identität und Demokratie“, die aus diesen Bemühungen nun hervorgegangen ist, gegenwärtig zu den größeren Fraktionen im Europäischen Parlament gehört. Und das mit der Perspektive, dass sie durch einen weiteren Zusammenschluss mit polnischen und ungarischen Abgeordneten zur größten Fraktion im EU-Parlament werden könnte.

Völlig absurd ist auch die von Peter Gstettner geäußerte Vermutung, dass Wirken der „Kärntner Konsens-Gruppe“ könnte ein „Teil des Schauspiels, das sich Mölzer für das Kärntner Publikum ersonnen hat“ sein. Genau so wie seine Mutmaßung, dass „die Erfolgsgeschichte der Kärntner Konsens Gruppe ebenfalls eine Konstruktion von Mölzer“ sei.

Tatsache ist vielmehr, dass die Kärntner Konsensgruppe auf eine Anregung des seinerzeitigen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel von der ÖVP zurückgeht und unter der Leitung des Grazer Histo-



Der „Delo“ zählt zu einen der größten Tageszeitungen in Slowenien. Der Text wurde auch (auf Deutsch) unter „Stoppt die Rechten“ veröffentlicht (siehe die Ausrisse)

riker Stefan Karner stand. Beides Persönlichkeiten, auf die der Einfluss von Andreas Mölzer zweifellos recht beschränkt war.

Ganz abgesehen von der diffamierenden Darstellung von politischen Persönlichkeiten wie den seinerzeitigen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, die beiden ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Sebastian Kurz, sowie des prominenten Vertreter der Kärntner Slowenen Marjan Sturm zeichnet sich Gstettners Beitrag durch das offensichtliche Bemühen aus, alte liebgewordene Feindbilder aus dem Kärntner Volksgruppen-Konflikt zu bewahren, beziehungsweise wieder zum Leben zu erwecken.

Und da wird die Bereitschaft des Kärntner Heimatdienstes, die slowenische Volksgruppe als unverzichtbaren Teil der Kärntner Identität zu unterstützen und den Dialog zu intensivieren, als bössartige Strategie definiert, um eben diese Volksgruppe zu schädigen, wenn nicht gar zu vernichten. Und die Exponenten dieses Heimatdienstes müssen natürlich für Gstettner weiter die Rolle der xenophoben und rechtsextremen Slowenenhasser spielen. Insgesamt ein trauriger Versuch, weiterhin Zwietracht und Unfrieden zu stiften.

Andreas Mölzer, MEP 2004–2014
Obmann des Kärntner Heimatdienstes

Die Katze ist aus dem Sack: Andreas Mölzer ist im „Kärntner Heimatdienst“ (KHD) der Nachfolger von Josef Feldner

Internet-Beitrag auf <https://www.stopptierechten.at/2022/06/30/die-katze-ist-aus-dem-sack-andreas-moelzer-ist-im-kaerntner-heimatdienst-khd-der-nachfolger-von-josef-feldner/>
30. Jun 2022

Koalitionsregierung angelobt. Andererseits: Warum sollte sich Strache, dem Höhepunkt seiner Macht entgegenstrebend, gerade einen Kärntner Berater zulegen, dessen Verbindung zu den europäischen rechtsextremen Randgruppen schon soweit bekannt waren, dass er bereits mehrmals wegen NS-Wiederbetätigung ins Visier der Staatsschützer gekommen und vor Gericht geladen war. Also, „Hände weg von Mölzer“, wird sich Strache gedacht haben

Die Schlagworte „Konsens“ und „Dialog“ sind solche ideologischen Versatzstücke, mit denen sich die dahinter stehenden politischen Interessen vortrefflich zudecken lassen. Durch eine jahrelange Praxis des Taktierens und Indoktrinierens – nicht nur in der „Kärntner Konsensgruppe“ – verfügt Mölzer über einen großen Erfahrungsschatz des Tarnens und Täuschens. Unabhängig davon, für welches Medium Mölzer schreibt oder vor welchem Forum er spricht, die Taktik hat Erfolg, weil für das ahnungslose Publikum der größte Teil der Indoktrinierungsvorgänge nicht sichtbar ist, entweder weil sie hinter verschlossenen Türen passieren oder weil sie so im Widerspruch zu allen unseren gesellschaftlichen Werten stehen, dass wir sie einfach für so „unglaublich“ halten wie die Existenz einer Fata Morgana oder eines unsichtbaren Geistes.

Spätestens hier müsste sich die Frage aufdrängen: Sind die demonstrierten Übereinstimmungen von KHD und ZSO und das gegenseitige Umarmen und Versöhnen „echt“ oder Teil des Schauspiels, das sich Mölzer für das Kärntner Publikum ersonnen hat und in dem Sturm und Feldner die tragenden Hauptrollen spielen dürfen? Ist die behauptete „Erfolgsgeschichte“ der Kärntner Konsensgruppe ebenfalls eine Konstruktion von Mölzer, die von ideologisch voreingenommenen Redakteuren der „Kleinen Zeitung“ nicht hinterfragt wird, weil die Motivation der Redaktion für ihr überschwängliches Lob eine ganz andere war, nämlich dem ehemaligen Chefredakteur und Konsensgruppenmitglied Heinz Stritzl die „letzte Ehre“ zu erweisen (4), eine Ehre, die ihrer Meinung nach einem von der NS-Belastung „befreiten“ und zum Demokraten gewandelten Volkstumskämpfer gebührt – ganz nach dem Modell „(noch) ein Denkmal für Hans Steinacher“.

Diese Gegendarstellung wurde im „Delo“ vollinhaltlich am 6. August des Jahres abgedruckt. Dies ist für den Kärntner Heimatdienst ein medienpolitischer Durchbruch in Slowenien

Eine Schande?

In der Lesecke der Universität fand ich den Bericht über Hans Steinacher. Allerdings „Hans“ mit langem „s“. Eine Schande! Wenn ich die Regeln nicht beherrsche, dann lasse ich die Finger davon.

Dipl.Vw. Roswitha Tröstl, Wölfnitz

Freude über meine KHD-Führung

Mit Freude nehme ich zur Kenntnis, dass Du nun die Geschichte des Kärntner Heimatdienstes lenken wirst!

Ich wünsche Dir und Deiner Mannschaft alles Gute, viel Glück und Erfolg für die künftige Arbeit.

SENDEN SIE UNS IHREN LESERBRIEF
EINFACH PER E-MAIL AN OFFICE@KHD.AT

Ich werde mir erlauben, eine kleine Hilfe für den Neubeginn zu übeweisen. Nochmals viel Glück und Erfolg!

Dr. Peter Mussi, Klagenfurt

Sehr geehrte Redaktion des „Kärntners“!

Ich bekomme von Ihnen nunmehr Ihre geschätzte Zeitung zugeschickt, und freue mich darüber. Meine Eltern sind 1941 aus Laibach mit mir im Alter von sechs Jahren nach Österreich übersiedelt. Die Eltern sprachen oft von ihrer Heimat und als es möglich wurde, fuhren wir wieder nach Laibach, wo meine Mutter (geb. 1902) ihre Verwandten besuchte. Von der deutschen Verwandtschaft war niemand mehr zu besuchen.

Ich besuchte ab 1941 die Volksschule in Gmunden und wir lernten in der erste Klasse auf der Schiefertafel das Schreiben. In Kurrentschrift! Ab der zweite Klasse ging's dann aber mit Latein weiter. Ich habe aber nie ganz mit der Kurrentschrift aufgehört. Nun zum Grund meines Schreibens: In Ihrem Artikel über Hans Steinacher schreibt sich der „Hans“ mit langem „s“! Ich glaubte meinen Au-

gen nicht zu trau'n! Wird doch am Ende eines Wortes in altdeutscher Schrift, wie in Kurrent immer ein rundes „s“ gesetzt. Das bedeutet auch das Wortende, dadurch z.B. wird beim Diminutiv das Hänschen rund geschrieben, sonst würde ja ein Zischlaut draus. Ich werde auch weiterhin Ihr geschätztes Blatt begierig lesen, hoffe aber, solchen Schrecknissen künftig nicht mehr ausgesetzt zu sein!

Arch. Dipl.-Ing. Rainer Brandt

Durch die Bauern reich geworden

Europa ist reich (geworden), weil es Bauern gibt, bzw. gegeben hat. Wie eine Seuche radiert die Politik eine über Jahrhunderte gewachsenen Kultur- und Berufsstand aus. Wachsen und Weichen ist angesagt. 350.000 Bauern geben in der EU jedes Jahr ihre Höfe auf. Europa wird seine Strukturen, seine Infrastruktur zwangsläufig verlieren, es kann dauern, kann aber auch schnell gehen. Die Menschheitsgeschichte kennt ja hunderte Beispiele, doch aus der Geschichte lernen?

ÖKR. Adolf Riautschnig, Glanegg

Der wahre Skandal

Im Interview „Die Assimilation schreitet voran“ in der Südtiroler Zeitung (DOLOMITEN v. 22.6.22) über die slowenische Minderheit in Kärnten nennt Rechtsanwalt Vouk den Ortstafelkompromiss von 2011 einen Skandal, weil dieser statt 350 „nur“ 183 zweisprachige Ortstafeln vorsah und –da im Verfassungsrang – angeblich „unanfechtbar“ sei.

1. Auch Verfassungsbestimmungen sind vor dem EuGH anfechtbar.

2. Bei 12.000 gezählten Slowenen und rund 550.000 Kärntnern sind bereits 183 Ortstafeln überproportional. Der Verfassungsrang dient somit ausschließlich

dem Schutz der slowenischen Minderheit.

3. Ohne Abwehrkampf wäre Kärnten heute bis zur Drau samt Klagenfurt slowenisch. Maribor, das ehemalige deutsche Marburg, kennt bis heute keine zweisprachigen Ortstafeln.

4. Der wirkliche Skandal ist das von Vouk erstrittene und als Normalbürger nicht nachvollziehbare Urteil des Verfassungsgerichtshofs unter Präs. Adamovich. Vouk raste innerorts mit überhöhter Geschwindigkeit, bekämpfte das gegen ihn verhängte Strafmandat und bekam Recht! Begründung: Mangels einer zweisprachigen Ortstafel hätte Vouk nicht wissen können, dass er sich innerorts befunden hat. Für ein konzertiertes Vorgehen von Adamovich und Vouk gibt es keine Beweise.

Dr. Jörg Frey, Feldkirchen

Alles Englisch

Wo du heut hinhörst, weit und broat
hörst bald schon glei koa deutsches Wort
Englisch is jetzt hochmodern
Und jeden Tag kannst du es hör'n.

Der Wachmann schreit statt HALT jetzt STOP
und was nicht hinhaut is a FLOP.
Zum Fernsehen sagt ma TELEVISION
und MIXEN tuat ma jetzt statt mischen.

Statt einer G'schicht erzählt a STORY
und wenn's dir leid tut, sagst du SORRY.
A TRUCKER fohrt mit 'n LKW
wenn alles passt, dann is' OKAY.

Zum Kaufhaus sag' ma nur noch SHOP
Und wannst was arbeit'st hast an JOB.
Wennst guat beinand bist, bist du FIT
und wenn du schelten willst, sagst SHIT.

Gehst aus WC anstatt ins KLO
und es macht dich HAPPY anstatt froh.
Baust an Unfall, hast an CRASH
statt Fieber gib's an Ersten CASH.

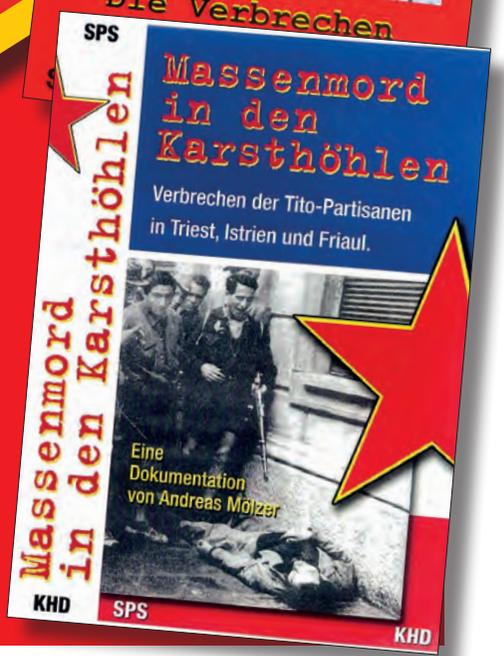
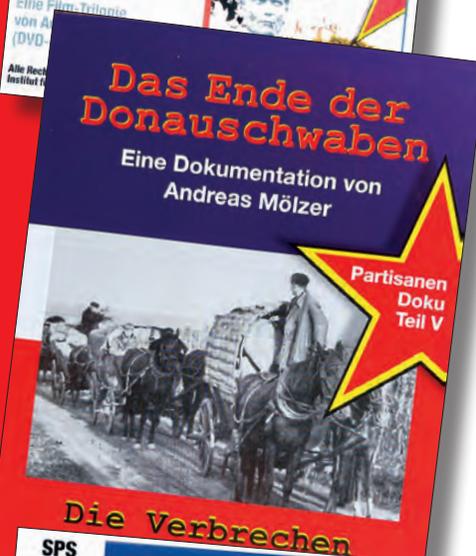
MATCH – so sagt ma jetzt zum Kick
Wannst was gern tuast, dann bist a FREAK.
Ein kleines Höschen ist ein SLIP
und wenn du's ausziehst machst an STRIP.

Statt mit 'n Rad fahrst mit 'n BIKE
zum Michl sag' n jetzt alle MIKE.
A schöne Frau, das is a MODEL
und kannst net Englisch, bleibst a DODEL

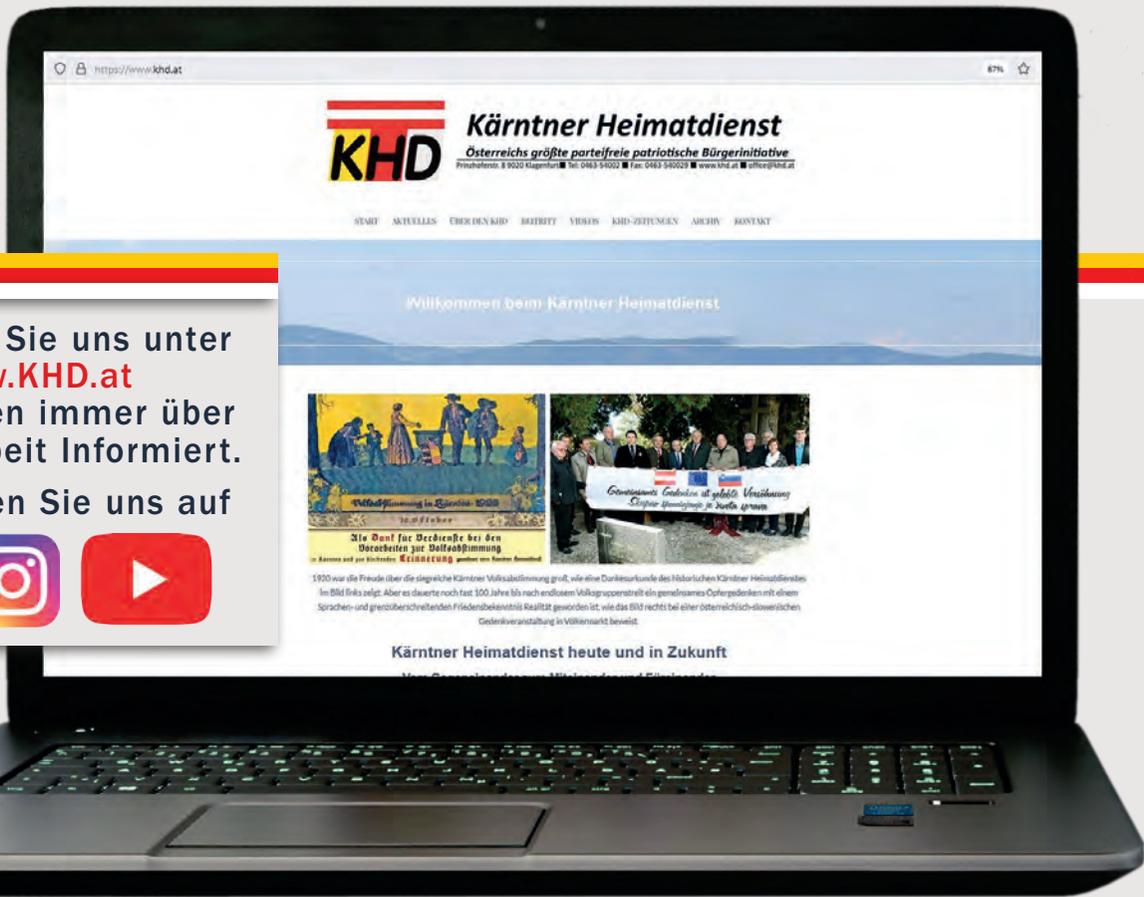
Joschy Huber/Aurelia Posch

Fünf Dokumentationen von Andreas Mölzer in Zusammenarbeit mit dem Kärntner Heimatdienst erstellt, zeigen in nie dagewesener Form das Schicksal tausender Opfer der Nachkriegszeit auf:

- In der glühenden Lava des Hasses
- Titos „mörderische Macht“
- Völkermord an der Save
- Das Ende der Donauschwaben
- Massenmord in den Karsthöhlen



Für Bestellungen und Fragen zu den DVDs wenden Sie sich bitte an den Kärntner Heimatdienst (office@khd.at).



Besuchen Sie uns unter
www.KHD.at
 und bleiben immer über
 unsere Arbeit informiert.
 Oder folgen Sie uns auf



**Mehr Informationen zu unserem
 Programm finden Sie auf www.KHD.at**

Einfach untenstehendes Formular ausfüllen und an den KHD schicken

**UNTERSTÜTZEN SIE
 JETZT DEN KÄRNTNER
 HEIMATDIENST IN SEINER ARBEIT
 UND UNTERSCHREIBEN SIE!**

**JA zu Kärnten! Gemeinsam sind wir stärker!
 Das können Sie unterschreiben!**

5.000 eingelangte Unterschriften „JA zum Weg der Verständigung“ waren Starthilfe für den KHD neu.
 UNTERSCHREIBEN Sie jetzt die allseitige Umsetzung unseres Weges in die Zukunft! Vielen Dank!

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden!

KHD Unterstützungserklärung KHD

Ich unterstütze die im neuen Vereinsprogramm verankerten Zielsetzungen des parteifreien Kärntner Heimatdienstes
 Damit ist keine wie immer geartete Verpflichtung gegenüber dem Kärntner Heimatdienst verbunden

Vor- u. Zuname (Blockschrift)	Geburtsjahr	Anschrift (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)	Datum und Unterschrift

An den
 Kärntner Heimatdienst
 Prinzhoferstraße 8
 9020 Klagenfurt